

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großhain

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig:**
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 72203

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw. die 10gep. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvork. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Das Urteil im ungarischen Fälscherprozess

Se vier Jahre Zuchthaus für Windischgräß und Nadoffy.

II. Budapest, 26. Mai.

Unter ungeheurer Spannung wurde heute das Urteil im Frankenfälscherprozess gesprochen. Die Hauptangeklagten, Prinz Windischgräß und Nadoffy, erhielten je vier Jahre Zuchthaus und zehn Millionen Mark Geldstrafe, sowie drei Jahre Amtsverlust. Vier Monate und zwei Wochen Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet.

Die Leiter des kartographischen Instituts, General Hajts und Kurz erhielten je ein Jahr Kerker. 4 1/2 Monate Untersuchungshaft werden auch hier auf die Strafe in Anrechnung gebracht. Herz, der Hauptmitarbeiter des Instituts, erhielt zwei Jahre Kerker, zwei Millionen Geldstrafe und ebenfalls drei Jahre Amtsverlust. Der Privatsekretär des Prinzen, Kaba, erhielt ein Jahr sechs Monate Kerker, Schwarz und Andor sieben bzw. acht Monate Kerker. Die übrigen Beamten des kartographischen Instituts erhielten Gefängnisstrafen von sechs bis zwei Monaten. Baroz, der Präsident des Nationalverbandes, und Joseph Szöcsen, der Direktor dieses Verbandes, wurden freigesprochen.

III. Berlin, 27. Mai.

Wie die Morgenblätter aus Budapest melden, haben gegen das Urteil im Frankenfälscherprozess sowohl der Staatsanwalt als auch die Beurteilten Berufung angemeldet. — Mit Ausnahme von Nadoffy und Windischgräß wurden sämtliche Angeklagten auf freien Fuß gesetzt.

Am Ende der Frankenschlacht.

(Von unserm ungarischen Korrespondenten.)

Der Prozess gegen die Frankenfälscher mußte mit der Beurteilung der Angeklagten enden. Sie waren alle geständig, und man hätte sie auch dann verurteilt, wenn das Auge des Auslandes nicht auf die Vorgänge in dem Budapest Gerichtssaal gerichtet gewesen wäre. Ein Schwurgericht hätte sie bei der in herrschenden Kreisen vorwaltenden Stimmung vielleicht freigesprochen. Gelehrte Richter sind doch allzusehr an den Paragraphen gebunden: sie können geständige Geldfälscher mit dem besten Willen — und an dem hat es kaum gemangelt — nicht freisprechen. Die Höhe der Strafe ist ganz belanglos, denn kein Mensch zweifelt in Ungarn daran, daß sie sehr bald amnestiert werden, und solange sie im Gefängnis bleiben werden, wird es auch ein Gefängnis nach dem Muster der Operette „Fledermaus“ sein, ein fideles Gefängnis, den Bedürfnissen solcher vornehmer Häftlinge angepaßt.

Wichtiger als die unabweisbar gewordene Beurteilung der geständigen und überführten Angeklagten sind zwei andere Fragen, die diese im Gerichtssaal arrangierte gesellschaftliche Veranstaltung in den Vordergrund schob. Die erste geht dahin, ob der wirkliche Verkauf und die Bedeutung der Geldfälschungen geklärt worden ist; die andere: Wird der Prozess und welche Wirkungen auf den Gang der konterrevolutionären Politik ausüben?

An Enthüllungen und Sensationen hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Man konnte auch in die Maschinerie der konterrevolutionären Politik einen guten Einblick gewinnen. Aber die entscheidende Frage ist in dem Prozess nicht geklärt, wenigstens nicht festgestellt worden, obwohl sie offenkundig und allen bekannt ist. Sie betrifft die Verantwortung der Regierung und vor allem der ungarischen Armee in der Frankenschlacht. Am letzten Tage der Verhandlung erklärte ein Angeklagter, Oberregierungsrat Szörényi, der aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, klipp und klar: Die Frankenfälschung war eine mißglückte Kriegsoperation in dem unblutigen Kriege, den Ungarn gegen seine Nachbarn führt und den es so lange führen will, bis es seine alten Grenzen wiedererlangt haben wird. Das Gericht hatte nur eine große Sorge: nichts darüber im Laufe der Verhandlung zu erfahren, wer diesen Operationsplan entworfen hat. Und doch wäre es so leicht gewesen und die Frage lag so auf der Hand.

Der aus diesem Gesichtspunkt wichtigste Angeklagte war der General Hajts, der Kommandant des kartographischen Instituts, wo die Druckerei für die Notensabfabrikation eingerichtet wurde. Er sagte offen: Ich erhielt den Befehl, das Institut den Fälschern zur Verfügung zu stellen. Nichts wäre natürlicher gewesen, als ihn zu fragen, wer ihm den Befehl erteilte. Diese auf der Hand liegende und logische Frage wurde aber von niemandem gestellt, weder vom Vorsitzenden des Gerichts, noch von den Verteidigern, noch vom Vertreter der Banque de France, der als Privatbeteiligter zugelassen wurde. Die Antwort auf diese Frage hätte alle Enthüllungen ausgewogen; denn sie hätte darüber Aufklärung gegeben, wer der Vorgesetzte eines ungarischen Generals ist. Die Fäden führen zum Reichsverweiger Horthy und zu seiner „Kabinettskanzlei“, die nur der Deckname für einen durch den Friedensvertrag verbotenen Generalsstab der Armee ist. Ein gewisser Opfermut kann der ganzen Fälschergesellschaft nicht abgesprochen werden: nachdem das Verbrechen enthüllt wurde und

sich ihrer und der Regierung eine Panik bemächtigte, wurden gewisse Leute und gewisse Geheimnisse ausgeplaudert. Aber schon im Januar, nach den ersten Tagen des Weltstandes, gewannen sie ihre Geistesgegenwart zurück und über die damals gesogene Linie ist weder die parlamentarische Untersuchungskommission, noch die Gerichtsverhandlung hinausgedrungen. Es hieß, daß nach der Verhaftung von Windischgräß und Nadoffy vereinbart wurde, daß nun der „Numerus clausus“ angewendet wird: es dürfen keine neuen Persönlichkeiten kompromittiert werden, sondern die in der Panikstimmung Verhafteten und Ausgelieferten müssen alles auf sich nehmen. Die aristokratischen Freunde des Windischgräß ließen Sturm gegen diese Vereinbarung, aber mit wenig Erfolg.

Die wirkliche Geschichte der Frankenfälschung ist in wenigen Worten erzählt. Zwei Männer sind die Urheber des Planes: der Chef der Operationsabteilung des Generalstabes, Oberst Ludwig Fischer, als militärischer Leiter, Graf Paul Bethlen, den Ministerpräsidenten Graf Bethlen im Jahre 1921 mit der Leitung der „Auslandspropaganda“ beauftragt hat. Die politischen und diplomatischen Regisseure Windischgräß und Nadoffy waren nur die Werkzeuge. Der erste Versuch bestand in der Loslösung Odenburgs von Deutschösterreich. Da dieser Versuch gelang, wobei Italien und die österreichischen Monarchisten Schützenhilfe leisteten, wollte man weiter in der Richtung des geringsten Widerstandes vorgehen. Als solche bot sich die Slowakei: man wollte mit entsprechenden Geldmitteln die irredentistische und vielleicht auch die kommunistische Bewegung stärken. Wären innere Kräfte in der von den Tschechen elend verwalteten Provinz ausgebrochen, dann wäre Oberst Fischer mit seinen Freischärfern auf den Plan getreten und hätte sich Preßburg und Raßchau geholt, wie früher Odenburg. Da die Schwächung des französischen Einflusses im ganzen Donauraum in die Richtung der Politik der deutschen vaterländischen Kreise fällt, waren die Berührungspunkte mit München und mit der Ruhrindustrie und mit den deutschen Nationalisten in Böhmen gegeben. Darin besteht die internationale Bedeutung der Frankenschlacht. Der nationalstiftliche Auftrag sollte sich dann mit der Zeit mit den monarchistischen Bestrebungen verbinden: darin bestand ihre allgemeine konterrevolutionäre Bedeutung.

Der Prozess hat mit allen diesen abenteuerlichen und verrückten Plänen nicht ausgeräumt, weil er gar nicht zum Kernpunkt des Problems vorgeht. Wir wollen auf das Niveau des Balkans herabsinken, wir werden Komitabschi-Banden organisieren, wir werden mit noch dunkleren Mitteln kämpfen, als die falschen Noten waren, wir werden mit Gift und Dolch Greise und Säuglinge ausrotten — erklärte im Gerichtssaal der Oberregierungsrat Szörényi und damit gab er der Stimmung der konterrevolutionären Gesellschaft einen funtgemäßen Ausdruck. In der ganzen ungarischen Öffentlichkeit erhob sich gegen diesen verbrecherischen Wahnsinn keine einzige Stimme! Wenn man annimmt, daß alles, was Graf Bethlen dem Gericht von seiner und seiner Ministerkollegen Anschuld vorgelesen hat, der Wirklichkeit entspricht, so bleiben die Tatsachen, die er selbst zugab: 1. daß er, der Ministerpräsident, 1922 durch den von ihm selbst bestellten Leiter der Auslandspropaganda und von Windischgräß von der Wärscht der Notenfälschungen unterrichtet wurde; 2. daß seine Regierung von der Fälschung der tschechischen Noten wußte und diese durch die Niederlage des Versöhrens gegen die Fälscher billigte; 3. daß das kartographische Institut, also eine staatslich-militärische Anstalt, drei Jahre hindurch den Fälschern zur Verfügung stand; 4. daß der erste Sicherheitsbeamte des Landes, Nadoffy, Jahre hindurch das Oberhaupt einer Geldfälscherbande war!

In jedem andern Lande würde dies genügen, eine Regierung zu stürzen. Für die ungarische Regierung kommt aber diese Möglichkeit gar nicht in Betracht. Auch in der großen Welt außerhalb Ungarns ist kein Wille vorhanden, gegen eine Regierung einen entscheidenden Streich zu führen, die sich auf die geheimen Verbände, auf eine sehr gut ausgebildete „schwarze Armee“ stützt. Die Arbeiter, die sie gegnigt hat, die Ausrottung der Demokratie und des Sozialismus, die sie sehr gründlich bewirkte, sind der wirkliche Freibrief, den sie für alle Schandtat, auch für die Frankenfälschung von allen kapitalistischen Regierungen — die französische und tschechische mit inbegriffen — erhalten hat. Mit dem Windischgräß-Urteil in der einen, mit den Dokumenten der niedergelassenen Arbeiterbewegung in der andern Tasche tritt der Graf Bethlen in den nächsten Tagen die Reise nach Genäva, wo er auf Grund seiner unvergänglichen Dienste von dem Völkerrundrat die Aufhebung oder wenigstens die Milderung der Völkerrundratkontrolle verlangen und zweifellos auch durchsetzen wird!

Nationalisierung und Profitwirtschaft.

Das Reichsarbeitsblatt, das Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsarbeitsverwaltung, enthält in Nummer 18 einen Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes im Monat April. Der Bericht kommt zu dem zusammenfassenden Ergebnis, daß die deutsche Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt überschritten habe. Das Reichsarbeitsblatt gelangt zu diesem Urteil auf Grund der beim Reichsarbeitsministerium einlaufenden und im Reichsarbeitsblatt zusammengestellten Berichte der Handelskammern, Arbeitsämter usw. über die Lage der einzelnen Industrien. Es fehlen in dem Bericht des Reichsarbeitsblattes Angaben darüber, wodurch die „Anzeichen besseren Beschäftigungsgrades in verschiedenen Industrien“ verursacht sein sollen. Das Frühjahr, das sonst in Krisenzeiten stets einen erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit verursacht hat, ist diesmal fast wirkungslos geblieben. Wenn die Anzeichen gebesserten Beschäftigungsgrades auf diese Saisoneinwirkungen zurückzuführen sind, dann wäre das Urteil des Reichsarbeitsblattes, daß der Höhepunkt der Krise überschritten sei, ein Fehlurteil. Aber selbst wenn das Urteil richtig wäre, so würde das auch nur ein schwacher Trost für die zwei Millionen Vollerwerbsloser und die annähernd gleichgroße Zahl der Kurzarbeiter sein. Wenn sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich gebessert hat, müßte sich auch die Zahl der Beschäftigten vermehrt haben. Das ist aber nicht, jedenfalls in der Industrie nicht, der Fall. Im Gegenteil, das Reichsarbeitsblatt selbst stellt fest, daß, soweit eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintrat, diese „vorzüglich auf den Gewinn der landwirtschaftlichen Arbeiten zurückzuführen“ sei. Wir kommen also zu dem widerspruchsvollen Ergebnis, daß zwar nach den Angaben des Reichsarbeitsblattes die Beschäftigung, aber nicht die Zahl der Beschäftigten zugenommen hat, daß also zwar eine gewisse Besserung auf dem Warenmarkt, aber keine Besserung, wenn nicht sogar eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt stattgefunden hat. Der Widerspruch gibt auch dem Reichsarbeitsblatt zu denken und es kommt zu folgender bemerkenswerten Erkenntnis:

„Es erweist sich immer dringlicher, zwischen Wirtschaftslage und Arbeitsmarktlage zu unterscheiden. Eine gebobene Wirtschaftslage braucht noch nicht sofort eine Besserung der Arbeitsmarktlage nach sich zu ziehen. Diese wird im Berichtsmonat angefaßt der nur schwach fallenden Arbeitslosenziffer bestätigt. Es wäre verfehlt, aus dieser Arbeitslosenziffer bindende Rückschlüsse auf den Beschäftigungsgrad der Industrie zu ziehen. Dieser kann sich vielmehr — besonders auch wenn die Arbeit rationeller Betriebsführung vorliegt — heben, ohne daß gleichzeitig die Arbeitslosenziffer wirklich sinkt. Derartige Verhältnisse waren in dem Monat in einer Reihe von Industriezweigen zu beobachten.“

Man ist also der Auffassung, daß auch dann, wenn die augenblickliche Stokung einer besseren Konjunktur Platz machen sollte, die Arbeitslosigkeit nicht oder nur unmerklich abnehmen wird, daß die Produktion steigen kann, ohne daß die Zahl der Produzenten zuzunehmen braucht, daß man demnach an eine Besserung für die Kapitalisten, aber nicht an eine Besserung für die Arbeiter glaubt. Man rechnet damit, daß die riesige Erwerbslosigkeit, unter der wir jetzt leiden, nicht ein vorübergehender, sondern ein bleibender Zustand ist, der den Wechsel der Konjunkturen überdauern wird.

Dem Reichsarbeitsblatt mit seiner wenig hoffnungsvollen Voraussage ist insofern recht zu geben, daß es sich nicht um einen vorübergehenden Mangel an Arbeit, sondern vor allem um die Folge des Borganges handelt, den man mit wenig Berechtigung Nationalisierung, das heißt vernunftgemäße Gestaltung nennt und der eine dauernde Ausschaltung von Betrieben und von Arbeitskräften aus dem Produktionsprozess zur Folge hat. Es geschieht wohl nicht ohne Absicht, daß man das vieldeutige lateinische Wort Nationalisierung anstatt des früher gebrauchten Begriffes: Verbesserung der Betriebsmittel anwendet. Die Nationalisierung bedeutet nämlich auch eine Verbesserung und verbesserte Anwendung der Betriebsanlagen, mehr als das aber eine schärfere Anspannung der menschlichen Arbeitskraft, also nicht nur Steigerung der Produktivität, sondern vor allem auch der Intensität der Arbeit. Nach dem Geschäftsbericht der Harpener Bergbau-Akt.-Ges. z. B. betrug der Anteil eines Vollarbeiters an der Jahresförderung im Jahre 1913: 301,5 Tonnen, 1924: 276,8 und 1925: 318 Tonnen. Die Jahresleistung eines Vollarbeiters war also 1925 um 13,7% höher als 1924 und um 5 1/2% höher als 1913. Der Reallohn je Schicht blieb aber mit 92,3% um 7,7% hinter dem Lohn von 1913 zurück. Im Jahresdurchschnitt 1925 zählte die Belegschaft 28 260 Mann, das sind 85% von 1913. Die Zahl der Arbeiter war also um 15% kleiner als vor dem Kriege, der Lohn um 7,7% niedriger, die Arbeitsleistung aber um 5 1/2% höher. Der Zusammenhang zwischen dem Abbau der Belegschaft und dem niedrigen Lohn einerseits, der Steigerung der Arbeitsintensität andererseits ist klar. Man hat die im Betrieb verbliebenen Arbeiter unter der ausgesprochenen oder stillschweigenden Drohung, sie des Schicksals ihrer abgebauten Kameraden teilen zu lassen, zu schärferer Anspannung ihrer Arbeitskraft gezwungen. Die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der Hochöfen von 172 Tonnen täglich im Jahre 1922 war im Februar 1926 auf 243 Tonnen erhöht

Schluß des französischen Parteitag.

Annahme der Entschliessung der Linken.

SPD. Paris, 26. Mai.

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei in Clermont-Ferrand war am Mittwoch die Resolutionskommission den ganzen Tag über damit beschäftigt, eine einheitliche Entschliessung zur allgemeinen Politik abzufassen. Der Parteitag erörterte organisatorische Fragen. Von der Gründung einer Tageszeitung muß einstweilen Abstand genommen werden, da die erforderlichen Mittel fehlen. Eine längere Auseinandersetzung drehte sich um die Haltung der Partei zu den Kolonialfragen und deren Einordnung in das Programm der Internationale. Der Vertreter von Marokko forderte die Partei auf, von der Regierung die sofortige Einstellung der militärischen Operationen in Marokko zu verlangen.

SPD. Paris, 27. Mai. (Radio.)

Der sozialistische Parteitag in Clermont-Ferrand ist am Mittwochabend zu Ende gekommen, ohne daß es gelungen ist, eine Einigung zwischen den drei Richtungen herbeizuführen. Die Gruppe Renaudel hatte zwar zum Schluß darauf verzichtet, eine besondere Entschliessung vorzulegen, hat sich aber auch nicht der Entschliessung der Mehrheit angeschlossen, weil sie deren Standpunkt in der Frage der Parteidisziplin nicht teilt. Bei der Schlußabstimmung standen sich zwei Entschliessungen, die der Mehrheit, gezeichnet von Léon Blum, Zyromski, Lebas, Braud und Paul Faure, sowie die der äußersten Linken, gezeichnet von Maurin, der sich den von Comptère-Morel vorgeschlagenen Wortlaut zu eigen gemacht hat. (siehe unsere Anmerkung hierzu weiter unten. Red.) gegenüber. Die Gruppe Renaudel hatte beschlossen, sich der Abstimmung zu enthalten und auch darauf verzichtet, Vertreter in die Parteileitung zu entsenden. Geoffroy hat erklärt zur Begründung dieser Haltung, daß es sich keineswegs um eine systematische Opposition handle, aber der Einigungsversuch sei gescheitert in der Frage der Disziplin der einzelnen Mitglieder, während man sich über die Grundzüge der Politik einig geworden sei. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde beschlossen, drei Bestimmungen vorzunehmen: eine zur allgemeinen Politik, eine über die Disziplinverletzungen und eine über die Gesamtentschliessung. Trotzdem erklärte Renaudel, daß er und seine Gruppe sich enthalten werden. „Diese Stunde“, versichert er, „ist die schmerzlichste meines sozialistischen Daseins.“

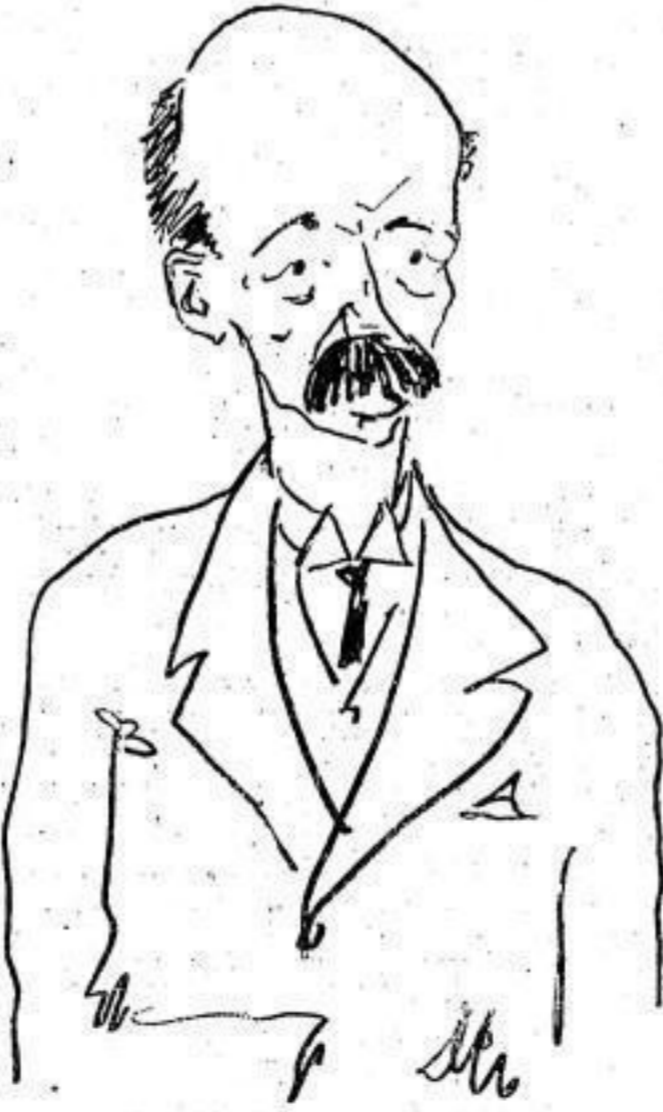
Bei der Abstimmung wurde der erste Teil der Entschliessung zur allgemeinen Politik mit 2288 Mandaten bei 694 Enthaltungen und 114 Abwesenheiten angenommen. Der zweite Teil der Entschliessung über die Parteidisziplin erhielt 1885 Stimmen bei 893 Enthaltungen. 311 (Gruppe Maurin) stimmten dagegen. Die gesamte Entschliessung fand dann mit 2249 gegen 166 (Gruppe Maurin) bei 685 Enthaltungen Annahme. Bei der Ernennung der Mitglieder der Parteileitung durch den Parteitag wurde beschlossen, die Plätze für die Gruppe Renaudel offenzulassen, in der Hoffnung, daß Renaudel und seine Freunde auf ihren Entschluß verzichten werden.

Die vom Kongreß angenommene Entschliessung wiederholt in ihrem ersten Teil die von Léon Blum vorgebrachte Auffassung über die allgemeine Politik der Partei. Sie lehnt jede Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung ab und erklärt sich für die Politik der Unterstützung jeder Regierung gegenüber, die sich das sozialistische Programm zur Finanzpolitik zu eigen macht. Jeder andere Regierung gegenüber wird die sozialistische Kammerfraktion eine oppositionelle Haltung einnehmen müssen. Die Einheitsfront mit den Kommunisten wird abgelehnt. Der letzte Teil der Entschliessung wendet sich gegen die häufigen Fälle von Bruch der Parteidisziplin und rügt sie scharf. Von besonderen Maßnahmen wird für den Augenblick zwar nicht gesprochen, jedoch werden solche für die Zukunft im Fall der Wiederholung angefordert.

Wie der Soz. Pressedienst mitteilt, haben eine Anzahl von Parteitagdelegierten, darunter Zyromski, Renaudel, Léon Blum, Paul Faure, Grumbach u. a. an Paul-Boncour ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, daß die Unterzeichner, durch die Wiedergabe der Parteitagdebatte in einem Teil der deutschen Presse veranlaßt, Wert auf die Feststellung legen, daß in der Ansprache weder Angriffe noch Vorwürfe gegen Paul-Boncour erhoben worden seien. Hierzu sei bemerkt, daß die Darstellung der Paul-Boncour-Debatte auf dem französischen Parteitag, soweit sich das jetzt an Hand der vorliegenden französischen Zeitungen feststellen läßt, in der deutschen Presse nicht immer richtig wiedergegeben worden ist. Das betrifft aber auch

Graf Stefan Bethlen.

Ministerpräsident von Ungarn.



Er stellte den Frankenfälchern „Freibriefe“ aus.

den Bericht des SPD. „Angriffe und Vorwürfe“ gegen Paul-Boncour sind nun tatsächlich in der stärksten Form von Zyromski und auch von Longuet erfolgt. Wie wir das schon anlässlich der früheren französischen Parteitage feststellen konnten, hat auch diesmal die Berichterstattung des SPD. zahlreiche Mängel aufzuweisen gehabt. Die Reden der verschiedenen Genossen sind häufig nicht einmal sinngemäß wiedergegeben, bei größeren Auseinandersetzungen, wie die Rotpfer- und Marokkodebatte, ist überhaupt nicht oder nur sehr mangelhaft berichtet worden, die Ergebnisse der Wahlen zu den Instanzen fehlen auch. Zu der obigen Darstellung des SPD., die wir nicht führen wollten, über die Abstimmungen über die Resolutionskommission, muß noch bemerkt werden, daß es uns für unmöglich erscheint, daß Maurin, der Vertreter der extremen Linken, sich für seine Resolution einen Wortlaut zu eigen gemacht hat, den Comptère-Morel vorgeschlagen habe. Wie wir genau wissen, hatte Comptère-Morel die Resolution Léon Blum, die der Parteitag schließlich angenommen hat, ebenfalls unterzeichnet.

Der französische Parteitag hat den Ausgang genommen, der schließlich schon vorher feststand. Der linke Flügel hat mit einer noch größeren Mehrheit den Sieg davongetragen, als auf dem letzten Pariser Parteitag vom Januar d. J. Eine Einigung mit dem unter der Führung Renaudels und Marquets stehenden rechten Flügel hat man bei der Abfassung der politischen Resolution nicht erzielen können. Die Resolution erneuert in der Frage der Regierungsbeteiligung und Unterstützungspolitik die Beschlüsse der früheren Tagungen. Das Neue, wozu der Parteitag sich zu entschließen für nötig hielt, ist die Vorfrage gegen die Disziplinbrüche in der Kammerfraktion gegen die Beschlüsse der Parteinstanzen.

Zu bedauern ist, daß man noch immer nicht die finanzielle Möglichkeit zur Herausgabe eines täglich erscheinenden Zentralorgans gefunden hat. Das Fehlen eines zentralen Tagesorgans hat sich nur allzu häufig fühlbar gemacht. In der Frage der „Einheitsfront“ mit den Kommunisten hat der Parteitag gezeigt, daß die französischen Genossen dem Maurin über der kommunistischen Parole sehr gut zu begegnen wissen, daß sie aber andererseits für tatsächliche gemeinsame Aktionen des französischen Proletariats wohl bereit sind.

Die Aufgaben, die der französische Partei erwachsen, sind nicht gering. Die Stabilisierung des Franken, die Vereinfachung der Staatsschuldenfrage, der Ausgang des Marokkorkrieges, die kommenden Lohnbewegungen — all das zwingt Kämpfe, die von dem französischen Proletariat den Einfluß seiner gesamten Macht erfordern. Hoffen wir, daß die Ergebnisse der Tagung von Clermont-Ferrand der Sammlung dieser Kräfte aufs beste dienen.

Eine Rede Breitscheids in Clermont.

SPD. Paris, 27. Mai. (Radio.)

In einer öffentlichen Versammlung in Clermont-Ferrand anlässlich des sozialistischen Parteitages sprach als Vertreter Deutschlands Genosse Breitscheid. Er legte die Gründe dar, weshalb die deutsche Partei für den deutsch-russischen Vertrag eingetreten sei. Der Grund sei gewesen, durch diesen Vertrag Ausland in das System des europäischen Friedens einzubeziehen und Deutschland gleichzeitig zu einer Brücke der Verständigung zwischen Ost und West werden zu lassen. Breitscheid unterließ außerdem das große Interesse, das die übrigen Völker Europas an der Aufrechterhaltung der Republik in Deutschland haben müßten, da die republikanische Staatsform eine der Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Friedens sei.

Der Imperialismus triumphiert! Abd el Krim Gefangener der Franzosen.

SPD. Paris, 26. Mai.

Aus Marokko wird amtlich gemeldet, daß Abd el Krim sich am Mittwoch ergeben hat. Er hat sich den französischen Vorposten als Gefangener gestellt und sich dem Schutze der französischen Militärverwaltung überantwortet. In Taza, wohin er gebracht wird, erwartet man die weiteren Anweisungen des Generalpräsidenten Steeg. Die französischen Kriegsgefangenen hat er bereits in den ersten Morgenstunden ins französische Lager zurückgeschickt, wo sie mit militärischen Ehren empfangen wurden. Die militärischen Ereignisse, die dieser Kapitulation vorangegangen sind und sie beschleunigt haben, bestehen vor allem in der Erstürmung des Djebel Hamas, wodurch die französischen Truppen alle Ziele erreicht haben, die ihnen seinerzeit durch das Madrider Abkommen vorgezeichnet wurden.

Nunmehr ergibt sich die weitere Frage nach dem politischen und verwaltungsmäßigen Schicksal des Gebietes, da die französischen Truppen den von ihnen besetzten Teil der spanischen Zone zu räumen gezwungen sind. Andererseits sind die Franzosen der Auffassung, daß die Spanier, wie namentlich die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, nicht in der Lage sind, eine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dieser Zone zu bieten. Infolgedessen wird man von französischer Seite die Einräumung einer administrativen Autonomie für das Gebiet vorschlagen, da man der Hoffnung ist, daß sie den kriegerischen Geist der Rifstämme dämpfen wird.

WIB. Rabat, 27. Mai.

Das amtliche Communiqué stellt fest, daß die Unterwerfungen zunehmen. Die Hauptteile des Stammes der Beni Zerual und ein Teil der Beni Urtiagh sowie eine ganze Anzahl weiterer kleinerer Stämme, die bis jetzt niemals unterworfen gewesen seien, hätten sich unterworfen.

Nach einer Havasmeldung aus Fez scheint es, daß die verschiedenen Stammesführer durch den Verzicht Abd el Krims weiterzukämpfen, ihre Unabhängigkeit gegenüber den eigentlichen Rifstämmen wiedergewonnen hätten, und es sei wahrscheinlich, daß gewisse von ihnen versucht würden, ihrerseits einen Widerstand zu organisieren.

Der französische Imperialismus durfte also den Siegesfestschritt zur Reize leeren. Abd el Krim gibt sich mit seiner Familie in die Gefangenschaft der Franzosen; fast alle Stämme haben sich unterworfen. Der Imperialismus triumphiert.

Fünf Jahre hat der Krieg, den Abd el Krim führte, gewährt. Zuerst war Spanien allein sein Gegner, und solange Spanien mit wechselnden Erfolgen um den Besitz der Erze der Melilla-Zone kämpfte, sorgte eine unter dem Einfluß des verstorbenen französischen Kriegsministers Etienne Flandre stehende Finanzgruppe dafür, daß die Eingeborenen gute französische Gewehre und Munition erhielten, auf daß die Spanier den französischen Interosenten nicht die letzten Hapen wegschnapten. Auch jetzt wird es bei der Aufteilung des Raubes sicherlich nicht ohne Schwierigkeiten zwischen Spanien und Frankreich abgehen. Wo dann die

worden, während die Zahl der Hochlohnarbeiter die gleiche geblieben ist. In der Kaliindustrie ist nach Konzentration der Betriebe eine außerordentliche Steigerung der Leistungsfähigkeit herbeigeführt worden bei gleichzeitiger Einschränkung der Zahl der Beschäftigten um 20 000. Nach den Angaben, die Hans Jahn, Vorstandsmitglied des Deutschen Eisenbahnerverbandes, in der Zeitschrift Wirtschaftsdienst gemacht hat, können die Werkstätten der deutschen Reichseisenbahn die Ausbesserung einer Lokomotive, die in der Vorkriegszeit 130 Tage erforderte, jetzt in 20 bis 30 Tagen vornehmen. Die Zahl der in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter sank von 214 533 im Jahre 1920 auf 117 115 Anfang dieses Jahres. Im Jahre 1925 wurden 30 000 Werkstättenarbeiter abgebaut, im Laufe dieses Jahres sollen noch weitere 6000 folgen.

So bedeutende Ergebnisse kann man nicht ausschließlich auf die Verbesserung der Maschinen zurückführen. Sie hängen zum größeren Teil aber mit der Steigerung der Intensität der Arbeit zusammen. Die Erhöhung der Produktivität der Arbeit liegt im Interesse der Arbeiterschaft. Die Kritik, die der Sozialismus an der kapitalistischen Wirtschaft übt, besteht ja gerade darin, daß das Kapital die volle Ausnutzung der materiellen Produktivkräfte verhindert, weil er sie durch Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ersetzt. Innerhalb gewisser Grenzen ist auch die Erhöhung der Arbeitsintensität ein Fortschritt; die Grenze ist da, wo die gesteigerte Anspannung zu vorzeitiger Erschöpfung der Arbeitskraft führt, also nicht einen Gewinn, sondern einen Verlust an gesellschaftlicher Produktivkraft darstellt. Diese Grenze ist aber in Deutschland dank der sogenannten Rationalisierung nicht nur erreicht, sondern zweifellos bereits weit überschritten. Aus Berichten, die der Deutsche Metallarbeiterverband bekommen hat, geht hervor, daß in einer Reihe von Großbetrieben, die das System des „fliegenden Bandes“ eingeführt haben, versucht wird, eine stärkere Anspannung der Arbeitsleistung gewissermaßen hinter dem Rücken der Arbeiter durchzusetzen. Die Meister werden angewiesen, nach Arbeitschluß heimlich und leise das fliegende Band auf ein rascheres Tempo einzustellen und diesen Trick solange anzuwenden, bis die Arbeiter merken, daß sie mehr Schuften müssen als bisher. Diese Methode wird nicht nur beim fliegenden Band angewendet, sondern ist auch sonst allgemein üblich. Man wendet also zwei Methoden an, um die Ausbeutungsrate zu erhöhen: den Zwang und die Prellerei.

Wachsende Anspannung der Arbeitskraft und wachsende Arbeitslosigkeit sind natürlich zwei Seiten einer Medaille. Die Rationalisierung, wie sie jetzt angewendet wird, bedeutet nicht eine zweckmäßige Verwendung — und nur dann würde sie ihren Namen zu Recht tragen —, sondern eine maßlose Verschwendung menschlicher Arbeits- und Lebenskraft, und zwar in doppeltem Sinne: Einmal, weil Millionen Arbeitskräfte unverwendet bleiben, und dann, weil die verwendeten Arbeitskräfte vor der Zeit verbraucht werden.

Diese Verschwendung ist um so katastrophaler, als die deutschen Unternehmer nicht die geringste Anstrengung machen, an dem bestehenden Zustand etwas zu ändern. Obwohl von Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs wenig zu merken ist, ist im Gegensatz zu sonstigen Krisenzeiten von einer Senkung der Preise kaum etwas zu spüren. Die Unternehmer machen also gar keine Anstalten, die durch die Rationalisierung erzielte Senkung der Produktionskosten zur Senkung der Preise und die Senkung der Preise zur Behebung des Abfalls zu benutzen. Sie ziehen es vor, sich der eingekrumpten Kaufkraft nicht durch Preise, sondern durch Einschränkung der Produktion und Abbau der Arbeiterschaft anzupassen. Die Rationalisierung kommt also nicht der Masse der Arbeitenden, sondern nur der Minderheit der Kapitalisten zugute. Die durch Schuldschlechte gestützte Preispolitik der Kartelle zeigt — und das ist das Verhängnisvolle dieser Politik —, daß sich die deutschen Unternehmer nicht nur auf den jetzigen Stand der Arbeitslosigkeit, sondern auch auf den jetzigen niedrigen Stand der Konsumkraft eingerichtet haben. Wie sehr das der Fall ist, besagt die Tatsache, daß die Dividenden der Aktiengesellschaften für das Jahr 1925 trotz Krise nicht niedriger, sondern meist höher sind als für 1924, daß also trotz anhaltender Betriebseinschränkungen die Verwaltungen keinen Anlaß sehen, ihre finanziellen Mittel, anstatt sie den Aktionären zuzuwenden, als Reserve für den Fall dauernd schlechter Konjunktur zurückzustellen.

Je besser es gelingt, die kapitalistischen Profite durch Massenelend zu sichern, um so eher hat die Rationalisierung ein Ende, oder doch wenigstens der Teil davon, der in der Verbesserung der Betriebsanlagen besteht. Verbesserung der Betriebsanlagen verursacht Mehraufwendung von Kapital, Senkung des Preises der Arbeitskraft verringert den Kapitalaufwand. Solange es den Unternehmern gelingt, die gebilligte Lebenshaltung der Massen und die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter zu maßlos erhöhten Profiten auszunutzen, besteht für sie kein Anlaß, sich um die Erhöhung der Konsumkraft und die Verminderung der Arbeitslosigkeit zu bemühen. Um so größer ist die Gefahr, daß das Reichsarbeitsblatt richtig prophezeit, und daß wir für absehbare Zeit von einer unverändert großen industriellen Reservearmee bedroht bleiben, die selbst die englische, schon seit ungefähr sechs Jahren bestehende weit übertrifft.

Man müßte annehmen, daß das Reichsarbeitsministerium diese Gefahr nicht nur erkennt, sondern aus seiner Erkenntnis auch praktische Schlussfolgerungen zieht. Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, um so wirkungsvoller müßten die von ihr Betroffenen geschützt werden. Der Reichsarbeitsminister Brauns ist aber anderer Meinung. Er verbessert nicht den Schutz, sondern vermehrt die Schutzlosigkeit der Arbeitslosen.

Er erstrebt eine Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung, die auf eine Senkung der Unterstützungssätze hinausläuft. Der Zentrumsmann Brauns denkt also, des großen Heeres der Arbeitslosen dadurch Herr zu werden, daß er sie zu Lumpenproletariata herabdrückt und damit auch den Widerstand der in Arbeit Gebliebenen und der Gewerkschaften schwächt. In diesem Ziel stimmen die bürgerlichen Parteien überein, verschieden sind nur die Meinungen über die Mittel, es zu erreichen. Die einen wünschen nichts Schlimmeres, als daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Verelendungspolitik durch ihre Mitverantwortung deden, die andern wollen sie von jeglicher Mitbestimmung ausschließen. Die einen erstreben die große Koalition, die andern die Diktatur. Im Kampfe um das wertvollste Gut, die menschliche Arbeitskraft, steht mithin das Proletariat allein. Um ihn mit Erfolg führen zu können, gilt es vor allen Dingen, die Organisationen des Proletariats, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, zu stärken.

Spanien das genannte Gebiet nicht „friedlich durchdringen“ konnten und den Kampfplatz räumen mußten, ließen sie in wohlgeordnetem Zustande ihre Waffen und Munition zurück; denn sie wußten, wozu dies gut sei.

Vor drei Jahren nun wurden auf dem Südbahngang des Río Petroliumquellen entdeckt, und nun hielt der französische Imperialismus sein Stillsitzen für gekommen. Ueber den Ausbruch des Konfliktes zwischen den Arabern und den Franzosen, der dann im vorigen Jahre zum offenen Kampf ausartete, hatte im Juni vorigen Jahres Abd el Krim einem Vertreter der Chicago Tribune folgende Mitteilungen gemacht:

„Bis vor zwei Jahren (also bis zur Entdeckung der Petroleumquellen. Red.) hatte ich die besten Beziehungen zu Frankreich. Aber in diesen zwei Jahren hatte Marshall Lyauten meine Vertreter ausgewiesen. Seine Kautzerei angehalten und verhaftet, meine Handels-güter an der Grenze konfiszieren lassen. Seit den Feindseligkeiten mit Spanien habe ich die französischen Behörden um Grenzregulierung gebeten. Jeder Wunsch in dieser Hinsicht wurde abgeschlagen. 1923 sandte ich auf Wunsch des Marschalls Lyauten einen Vertreter nach Rabat, aber niemand kümmerte sich um den Gesandten. Später erklärte mir der General de Chambrun, daß die französischen Posten über den Meeresspiegel hinaus vorgeschoben werden müßten. Der General forderte mich auf, meine Soldaten aus dieser Gegend zurückzunehmen, obwohl er wußte, daß wir von dort unsere Lebensmittel beziehen. Da ich damals mit den Spaniern viel zu tun hatte, kam ich der Aufforderung nach. 1925 erhielt ich einen zweiten Befehl von Lyauten, die Truppen aus dem Gebiet der Bent Zerouf zurückzuführen, das immer zum Rif gehört hat. Selbst wenn ich den Wunsch des Marschalls hätte erfüllen wollen, ich hatte keine Zeit dazu. Ehe ich die notwendigen Instruktionen geben konnte waren französische Flugzeuge Bomben auf meine Leute ab. Deshalb mußte ich Krieg führen. Diese Bombenwürfe waren der Anfang einer Reihe schwerer Zwischenfälle, die mich gegen meinen Willen gezwungen haben, die Unabhängigkeit meines Landes zu verteidigen.“

Diese Darstellung konnte der damalige Ministerpräsident und Kriegsminister Painlevé in der Kammer nicht bekräftigen; sie spricht Wände für die Methoden des Imperialismus.

Im Sommer vergangenen Jahres erhielt Abd el Krim zahlreiche Siege sowohl gegen die Spanier wie auch gegen die Franzosen, bis dann im Herbst sein Kriegszug zu schwinden begann. Die Ereignisse der jüngeren Zeit sind bekannt.

Abd el Krim, der einst in spanischen Diensten seine Militärausbildung erhielt, auf der Pariser Sorbonne studierte und nach Abschluß seiner Studien auch einen Posten in der spanischen Kolonialverwaltung in Nordafrika innehatte, hat seinen heldenmütigen Kampf beendet. Jetzt mag das Gesicht um Marokko zwischen Frankreich und Spanien, schließlich werden da auch noch andere Forderungen anzumelden haben, abgeschlossen werden. Marokko hat neben seiner nicht geringen strategischen Bedeutung vor allem seinen ungeheuren Wert in seinen gewaltigen Rohstofflagern. Wir zeigen neulich an Hand der statistischen Zahlen, daß trotz der Kämpfe in den letzten drei Jahren allein die Ausbeute an Phosphaten in französisch-Marokko sich fast verdreifacht hat.

„Was man auch sagen möge, Frankreich vertritt in Marokko die Zivilisation.“ So sagte Painlevé Ende Juni in der französischen Kammer. Wir bemerken damals hierzu: „Für uns ist es Nord, auch unter dem Namen Zivilisation.“ Diese Auffassung haben wir auch heute noch.

Am die Immunität von Wulle.

III. Berlin, 26. Mai.

Dem preussischen Landtage ist jetzt der Antrag des preussischen Justizministers auf Genehmigung zur Strafverfolgung des vormaligen Abgeordneten Wulle wegen Verdachtes der Anstiftung zu politischen Morden zugegangen.

Das Schreiben umfaßt mit der näheren Begründung des Antrages nicht weniger als zwölf Seiten. Es wird zunächst dem Geschäftsordnungsaußenbüro des Landtages überwiesen werden. Beim Reichstage ist ein ähnlicher Antrag gegen den vormaligen Abgeordneten Kube, wie er vom preussischen Justizminister angekündigt wurde, bis jetzt noch nicht eingegangen.

Misstrauensvotum gegen Dr. Neumann.

III. Lübeck, 26. Mai.

In der heutigen Sitzung der Bürgerstadt wurde der sozialdemokratische Misstrauensantrag gegen den Bürgermeister Dr. Neumann mit einfacher Mehrheit, und zwar mit 43 gegen 33 Stimmen, angenommen. Für den Antrag stimmten die Demokraten mit einer Ausnahme, die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Nach der Lübecker Verfassung ist eine nochmalige Abstimmung erforderlich, die bei einfacher Stimmenmehrheit endgültig die Annahme des Antrages ergibt.

SPD. Das Reichswehrministerium hat es bis zur Stunde noch nicht für nötig gehalten, die Denkschrift des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, Max a. u. n., über die nationalen Wehrevorände, die in dem Bruderkampf zwischen Jungbo und Wiking eine besondere Rolle spielt, dem preussischen Innenministerium zur Kenntnisnahme zu übermitteln. Die Denkschrift, von der nach Maßraums Erklärung nur zwei Exemplare existieren, ging an den Reichspräsidenten und an das Reichswehrministerium. Sie besaß den Führer des Berliner Wiking, den Hauptredakteur der Deutschen Zeitung, Major von Sodenstern. Mag sein, daß die Denkschrift des Herrn Max a. u. n. keine sensationellen Enthüllungen bringt. Gleichwohl behauptet er, daß das Reichswehrministerium es nicht für nötig hält, dem preussischen Innenministerium und den preussischen Polizeibehörden Einblick in die Denkschrift, d. h. in das Treiben der nationalen Wehrevorände, zu gewähren.

Die Abrüstungskonferenz.

Am Abschluß der Tagung.

SPD. Genf, 26. Mai.

In der vorläufig letzten Plenarsitzung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz am Mittwoch leuchteten noch einmal die tieferen Gegensätze zwischen verschiedenen Staatengruppen in der Abrüstungsfrage grell auf. Die Wortführer waren dabei die Vertreter der Kleinen Entente, die zunächst an dem Bericht des Redaktionsausschusses verschiedenes anzusetzen hatten. Dennoch wurde er schließlich einstimmig angenommen.

Die Wiederaufnahme der Plenarberatungen der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz soll so bald wie möglich erfolgen. Einen bestimmten Zeitpunkt dafür festzusetzen, hielt man trotz des dringenden Wunsches des amerikanischen Delegierten jedoch nicht für möglich. Die wirtschaftliche und militärische Kommission beginnt sofort mit ihren Arbeiten.

III. Genf, 27. Mai.

Am Schluß der Sitzung der gestern nachmittags zusammengetretenen Unterkommission der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz machte der englische Vertreter Lord Robert Cecil Bressenkreutz gegenüber Mitteilungen über seine Eindrücke von der Konferenz. Er erklärte, daß er über Erwarten zufrieden sei. Die Aufgabe der Konferenz sei ursprünglich nur gewesen, Richtlinien für die Arbeiten der Unterkommission auszugeben. Statt dessen sei sie in zwei Tagen zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gelangt, und zwar in bezug auf die Beschränkung der Abrüstung auf die Friedensheeresstärke und 2. in bezug auf den Grundsatz, daß jedes Land auf der kommenden Abrüstungskonferenz genaue Vorschläge und Anregungen mitbringen werde.

Botschafter v. Hoersch bei Briand.

Das erste deutsche Flugzeug in Paris.

III. Paris, 26. Mai.

Der deutsche Botschafter v. Hoersch hat heute Abend dem Ministerpräsidenten Briand ausgeliefert, um nach beinahe dreiwöchiger Abwesenheit in Berlin und Genf die persönliche Führung mit dem Leiter der französischen Außenpolitik wieder aufzunehmen. Bei dieser Gelegenheit ist eine Reihe schwerer Fragen zur Sprache gekommen, besonders auch solche, die die besetzten Gebiete betreffen.

Der Botschafter hat außerdem dem Ministerpräsidenten von der glücklichen Ankunft des ersten deutschen Flugzeuges in Paris Mitteilung gemacht.

Die Aufnahme des Flugverkehrs zwischen Berlin und Paris ist die unmittelbare Folge des unlängst abgeschlossenen Luftfahrtabkommens. Der Fortschritt, den dieses bringt, ist mit Händen zu greifen: Alle technischen Beschränkungen fallen weg. Deutschland hat völlige Freiheit auf dem Gebiet des Luftverkehrs. Das Garantiekomitee wird abberufen. Die Luftfahrtsachen, die der Entente bereits gehörten und dem Abbruch verfallen sollten, sind kostenlos Deutschland zurückgegeben worden. Diese hatten repräsentieren einen Wert von 15 Millionen. Demgegenüber besteht die deutsche Bindung lediglich darin, daß keine Subventionierung des deutschen Luftverkehrs auf öffentlichen Mitteln und keine flugsportliche Betätigung der Reichswehr auf Kosten des Reichs stattfinden darf. Die 36 Reichswehrflieger, die bereits einen Führerschein haben, dürfen weiter fliegen und nach sechs Jahren dürfen weitere 36 sich den Führerschein erwerben. Lediglich an den paar Reichswehrfliegern das Pariser Abkommen scheitern zu lassen, wäre vordemher Terzium gewesen.

In Ergänzung des Pariser Luftfahrtabkommens werden in der nächsten Zeit Verhandlungen mit der Rheinlandkommission zwecks Einführung besonderer Sicherheitsmaßnahmen für die Besatzungstruppen stattfinden. Im übrigen gilt die deutsche Luftfahrtschutzgesetzgebung natürlich auch für das besetzte Gebiet. Während Deutschland früher nur in der neutralen Zone einige Notlandeplätze hatte, sind jetzt für das besetzte Gebiet vier große Flughäfen und 12 reguläre Landeplätze zustande.

Mit dem Wegfall der Londoner Begriffsbestimmungen wird es Deutschland nun auch möglich sein, mit der Tschechoslowakei und Polen eigene Luftverkehrsverträge abzuschließen. Mit der Tschechoslowakei wurde bereits im vorigen Jahr über ein Luftverkehrsabkommen verhandelt, das jetzt bald in Kraft treten dürfte. Es handelt sich vor allem um die Einführung einer Linie Skandinavien—Brag—Wien.

Dem Reichstag wird in der nächsten Zeit eine Gesetzesvorlage über die Aufhebung der bisher geltenden Begriffsbestimmungen für die deutsche Luftfahrt zugehen. Der Inhalt des Pariser Abkommens, soweit es sich nicht um die Luftverkehrsverträge handelt, ist in einem Rotenwechsell zusammengefaßt, dessen Veröffentlichung bis jetzt nicht vorgezogen war.

Die belgische Regierungserklärung.

„Burgfrieden unter den Ministern“.

SPD. Brüssel, 26. Mai.

Die neue Regierung Jaspar stellte sich am Dienstag dem Parlament vor. In der Kammer waren alle Tribünen voll, Jaspar verlor die Regierungserklärung, deren Ausnahme namentlich auf den Banken der Sozialisten und Liberalen auffallend läßt war. In der Erklärung wird ausgeführt, daß die Finanzierung die ausschließliche Aufgabe der Regierung sei. Sobald diese erfüllt sei, höre der Burgfrieden unter den Ministern auf und jeder erhalte wieder seine volle Freiheit. Die Regierung wird keinerlei neue Sozialistische Vorschläge, aber über die lokale Durchführung der bestehenden wachen. Der Passus der Erklärung über die auswärtige Politik steht stark von der Wärme ab, die man von Vandervelde gewohnt war. Die Regierung wird sich bemühen, Hand in Hand mit den Großmächten, die Belgiens Unabhängigkeit garantieren, den Verträgen von Locarno im Rahmen des Völkerbundes ihre volle Wirksamkeit zu sichern. Die Regierung wird die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Aufständigen dem Parlament vorschlagen. Das Mleteschutgesetz wird erneuert werden. Schließlich ist die Regierung zu strengster Sparsamkeit auf allen Gebieten entschlossen sowie zu der weitestgehenden Förderung des Wirtschaftslebens. Die Hauptaufgabe bleibt aber die Sanierung des Frankens durch Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens. In der nächsten Woche wird die Regierung der Kammer Finanzreformvorschläge unterbreiten, namentlich zur Schaffung eines Garantie- und Tilgungsfonds zwecks Vermeidung der Inflation sowie zur rationalen Reform des Steuerwesens.

Die Diskussion der Regierungserklärung beginnt am Mittwoch. Bemerkenswert ist der Beschluß der demokratisch-katholischen Parlamentariergruppe vom Dienstag, durch den der Regierung ein teils bedingtes Vertrauen ausgesprochen wird.

Interparlamentarische Wirtschaftskonferenz.

III. London, 26. Mai.

Die Internationale Parlamentarische Wirtschaftskonferenz nahm eine Entschließung an, in der sie die Regierungen der Welt auffordert, die Wirtschaftsbeziehungen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, in der Hoffnung, daß nach Befreiung der gegenwärtigen Schwierigkeiten mit einer Erhöhung der Weltproduktionsleistung gleichzeitig einhergehen werde eine Verstärkung der Nachfrage, eine Senkung der Preise, ferner eine Förderung der industriellen Entwicklung und verbesserte Lebensbedingungen für die Arbeiter und Beamten der Kohlenindustrie. Die Konferenz beschloß die Einsetzung eines Ausschusses, der die internationale Seite des Problems prüfen soll.

Der Schiffsahrtsausschuß der Internationalen Parlamentarischen Wirtschaftskonferenz nahm eine Entschließung an, in der die Konferenz die Ansicht vertritt, daß Schiffsgegnern und Schiffsahrtsgesellschaften der Einkommensteuer in anderen Ländern als den ihres juristischen Wohnsitzes nicht unterliegen sollten, denn jede Form von Doppelbesteuerung sei für den überseeischen Handel außerordentlich schädlich und deshalb zu vermeiden. In einer weiteren Entschließung wird den europäischen Staaten empfohlen, die Bestrebungen des Völkerbundes zur Vereinfachung des Privatverkehrs für die Binnenschifffahrt soweit wie irgend möglich zu unterstützen. Eine weitere Entschließung empfiehlt den verschiedenen parlamentarischen Gruppen, bei den in Betracht kommenden Regierungen und Parlamenten auf die baldige Anwendung der von der Brüsseler diplomatischen Secreatariatkonferenz angenommenen Seeschiffahrtssabmachungen zu dringen.

Pilsudski zur polnischen Präsidentenwahl.

III. Warschau, 25. Mai.

Marschall Pilsudski antwortete auf die Fragen von Vertretern linksgerichteter Blätter, ob er gewillt sei, die letzten Ereignisse in Polen durch die Übernahme der Staatspräsidentenschaft zu legalisieren, ausweichend. Der Marschall erwartet die öffentliche Annahme mehrerer Kandidaturen, mit denen er sich dann ins Eingemischte setzen will. Die Präsidentschaftsbewerber sollten bei ihm zusammenkommen und eine Erklärung abgeben, wonach sie sich verpflichten, weder mit dem Sejmpräsidenten, noch mit den Privatbanken oder sonstigen irgendwelchen Vereinigungen zu schließen; denn der Präsident müsse alle Schichten der

Bevölkerung vertreten, und als solcher sei er von vornherein zur Hölle verurteilt.

Die gestern mitgeteilten Äußerungen des Ministerpräsidenten Bartel, der sich für eine außerordentlich weitgehende Verneinung der Rechte des Präsidenten ausgesprochen hat, finden, nach dem Sozialistischen, keineswegs die Zustimmung der polnischen Sozialisten. Diese wären mit einer Erweiterung der Rechte des Präsidenten allenfalls für die zwei Monate zwischen der Auflösung und der Neuwahl des Parlaments einverstanden, aber nicht damit, daß ein Dauerzustand geschaffen wird.

Die Rechtsparteien verhalten sich bisher sehr reserviert. Sie haben nach Pilsudski ihre Beratungen in Polen wieder aufgenommen. Der Erklärung Pilsudskis steht die Warschauer Rechtsprelle ziemlich ablehnend gegenüber und nennt sie ein Pronunciamento des Marschalls. Die Warschauer Sozialdemokratie sieht nach einer Art von „moralischer Diktatur“, falls keine Kandidatur für das Präsidentenamt erfolglos bleiben sollte, könne man sich nur schwer ein Bild von dem weiteren Vorgehen der Linksparteien machen.

Anton Nemet gestorben.

Am Dienstagvormittag ist in Prag der frühere Führer der tschechischen Sozialdemokratie Anton Nemet gestorben. Nemet gehörte zu den Gründern der Partei. Er war Mitglied des Wiener Reichsrats. Seine lange parlamentarische Tätigkeit reicht noch in die Jahrzehnte zurück, wo die tschechische Sozialdemokratie gemeinsam mit den Sozialdemokraten der übrigen österreichischen Nationen unter Führung Viktor Adlers operierte. Im neugegründeten tschechoslowakischen Staat spielte Nemet in den ersten Jahren eine hervorragende Rolle, bis ihn lange, schwere Krankheit der aktiven politischen Arbeit entzog. Bei den letzten Wahlen hat er nicht mehr kandidiert. Der Verstorbenen, der Ehrenpräsident der tschechischen Sozialdemokratischen Partei war, genoss infolge seines tadellosen Charakters und seines hohen Verantwortungsbewußtseins auch bei den politischen Gegnern hohes Ansehen. Mit den tschechischen Genossen trauert die gesamte internationale Sozialdemokratie an der Waise Nemet.

Parlamentswahlen in Ägypten.

Großer Sieg—Jagul Pascha.

III. London, 25. Mai.

Wie zu erwarten stand, endeten die ägyptischen Wahlen mit einem überwältigenden Siege Jagul Paschas und seiner Anhänger. Die Jagulisten selbst erhielten nach den letzten Ergebnissen 144, die ihnen naheliegenderen konstitutionellen Liberalen 29, die Nationalistischen Freunde sechs, die Unabhängigen vier und die Unionisten drei Siege. Es wird bezweifelt, das Jagul Pascha selbst die Kabinettsbildung übernehmen wird. Man glaubt vielmehr, daß Waly Pascha, bisher bereits einmal ägyptischer Ministerpräsident, die neue Regierung bilden wird.

Der alte Erwartungen übertreffende Wahlsieg der anti-britischen Partei Jagul Paschas bedeutet den völligen Bankrott der bisher mit Hilfe der englischen Bajeonette gehaltenen Regierung Jwar Pascha. Jagul mußte im Herbst 1924 demissionieren, als die Ermordung des englischen Oberbefehlshabers Stark durch ägyptische Nationalisten erfolgt war. Das Jagul freundschaftliche Parlament wurde aufgelöst, die Neuwahlen im Frühjahr 1925 ergaben 101 Jagulisten, gegen 103 verschiedene Parteien. Diese Kammer wählte Jagul zu ihrem Präsidenten und wurde deshalb wiederum aufgelöst. Ohne Befragen des Parlaments über die das englandfreundliche Kabinett Sinar die Wahlordnung. Wie das neue Wahlergebnis beweist, haben die Gewaltmaßnahmen nicht den erhofften Erfolg gehabt. Trotzdem scheint man in den englischen Kreisen entschlossen zu sein, an der bisherigen Methode festzuhalten. Wie aus den aus Kairo vorliegenden Meldungen hervorgeht, soll der britische Gouverneur in Uebereinstimmung mit dem auswärtigen Amt in London entschlossen sein, einer neuen Regierung aus Anhängern Jagul Paschas die Anerkennung zu verweigern, falls das Ministerium sich nicht bereit findet, die sogenannte Souveränität von 1922, die eine Einschränkung der ägyptischen Souveränität zugunsten von Großbritannien vorlieht, anzuerkennen. In diesem Fall scheint London entschlossen zu sein, das ägyptische Parlament noch mehrmals aufzulösen, die Verfassung außer Kraft zu setzen und unter Verletzung des einseitig gewährten Volkswillens dem bisherigen ägyptischen Ministerpräsidenten Jwar Pascha erneut die Regierung zu übertragen.

In den englischen Blättern wird der überlegene Sieg der Waid-Partei über die Regierungsparteien eingehend besprochen. Die Hauptblätter erklären nach einer Waid-Meldung übereinstimmend, der Erfolg, der Waid-Partei, die hauptsächlich von der Unterstützung der „ungebildeten und unkritischen Massen“ abhängt, sei auf das zum ersten mal erprobte ägyptische direkte Wahlrecht zurückzuführen. Daily Express berichtet, mit seinen Ministern, den Nationalisten und den liberalen Konstitutionellen werde Jagul vielleicht 205 von den 214 vorhandenen Sitzen erhalten. Eine ernste Lage könne daher entstehen, wenn das ägyptische Parlament zusammenbricht, denn Jagul fordere die vollständige Freiheit Ägyptens und des Subans von der britischen Kontrolle.

Stahlhelm-Bandalen.

SPD. Köln, 25. Mai.

Die in der Nacht vom Montag auf Dienstag aus Köln abtransportierten Stahlhelmeute, die in Massenquartieren untergebracht waren, haben diese Quartiere in einem unbeschreiblichen Zustande zurückgelassen. In der großen Kölner Messhalle, in der einige tausend Stahlhelmeute untergebracht waren, wurden, offenbar aus Wut über den völlig ablehnenden Empfang, den der Stahlhelm in der rheinischen Donstadt gefunden hat, fast sämtliche für Messzwecke dienenden Holzbohlen auseinandergerissen, Telephonzellen wurden umgestürzt, Türen aus den Angeln gehoben und die ganze Halle in nicht wiederzugebender Weise beschmutzt. Unser Kölner Parteiblatt, die Rheinische Zeitung, charakterisiert die Zertrümmerung der nationalistischen Herden als Schlamm des Bandalismus. Man habe mehrere Tage Arbeit, um die Räume von dem von den Stahlhelmern hinterlassenen Schmutz zu befreien.

Sieben russische Agenten erschossen. Nach einer Meldung aus Buzarek verjuchten neun kommunistische Agenten nachts in einer Barke über den Dniestr zu gehen. Die rumänischen Grenzposten erschossen sofort das Feuer und töteten sieben von ihnen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Kurt Günther in Leipzig.

Verantwortlich für den Inzeratenteil:

Hugo Seydand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit bei Ausübung jeglichen Sports, zur Anregung und Kräftigung der Nerven und des Körpers wirken am besten Lauensteins Kola-Lozithin-Tabletten. Allein acht Köln-Lasolom-Apotheken (Ecke Nikolaistr.) Grimalische Str. 17

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.



Unsere Stärke

liegt in der guten Qualität, in der einwandfreien Näharbeit, den haltbaren Stoffen und dem eleganten Schnitt unserer Kleidung. Ihr verdanken wir die Entwicklung unseres Geschäftes und ihr verdanken wir die Treue unserer Kunden: Bei Bamberger & Hertz kaufen, heißt „beste Qualitätsware zum billigsten Preis“ einkaufen

- Sacco-Anzüge . . . 58.— 75.— 82.— bis 150.—
- Uebergangs-Mäntel 58.— 75.— 97.— bis 150.—
- Sport-Anzüge . . . 58.— 75.— 97.— bis 135.—

Verlangen Sie kostenlose Zustellung unserer Zeitung „Leipzig im Frühlingskleid“

Bamberger & Hertz

Leipzig Augustusplatz

Palmen Garten

mit dem weltberühmten Palmenhaus
Rottorn-Allee in herrlichster Blüte
Heute abend 1/2 8 Uhr

vornehmer Gesellschafts-Ball
Großer
Wenskat-Orchester-Abend

Eintritt Herren 1.50 Damen 1.00 Abonnenten 0.50
Tanzen frei!

Bei günstiger Witterung heute und morgen ab 4 Uhr **Konzert**.
Abonnementskarten gültig bis 31. März 1927

Gesellschaftshaus

Felsenkeller

Größte und schönste Vergnügungsstätte Leipzig-W.

Morgen Freitag, ab 7 Uhr
Großer Elite-Tanz-Abend

Tanz frei! mit Leipzigs anerkannt bestem Ballorchester Tanz frei!

Bringe nebst großem und kleinen Sälen meinen großen, von uralten Bäumen prächtig beschatteten Park mit Sommerkugelbahn geehrten Vereinen und Verbänden zur Abhaltung von großen Vereinsfestlichkeiten, Sommerfesten usw. in empfehlende Erinnerung.
Julius Voigt.
Straßenbahn 2 und 3 — Fernruf 40119

Varieté Battenberg UT Lichtspiele, Hainstr. 19

Ab heute Donnerstag:

Wallenstein

Die Tragödie eines Großen in 8 Akten.
In den Hauptrollen:
Fritz Greiner, E. v. Winterstein
Ernst Rückert, Fritz Kampers
Erna Morona, Lia Eibenschütz
Erich Kaiser-Titz.

Der bunte Bühnen- u. Filmtell
Jugendliche haben Zutritt.
Ab 7 Uhr.

Ein Lebenskünstler

Ein Gesellschaftsfilm nach dem Drama von Richard Voß.
In den Hauptrollen:
Friedrich Kayssler, Erna Morona, Grotto Mosholm
Frieda Richard, Olaf Fjord.

Der bunte Filmteil.
Beginn 4.30, 6.30, 8.30.



Tadellose frische Grasbutter

Preis wurde um 5 Pfg. per 1/2-Pfund-Stück ermäßigt

Engros-Verkauf der „Erdbeer-Butter“
Koblgartenstraße 1-3, Telefon 24519 und 24952

Festpalast

Goldener Helm

L.-Eutritzscher Str. 16. Fernr. 17483 (53483). Größstr. 24

Morgen Freitag 7 Uhr:
Der große Ballbetrieb
Tanz frei! Tanz frei!
In der Diele: **Wadsack Bobby**

Appelboom

Borliner Str. 34
Gesellschafts-Zimmer
Telephon 19589

Küche und Keller bieten das Beste!
Richard Kibber u. Frau

Neues Theater.

Augustusplatz
Donnerstag, den 27. Mai 1927
107. Ansehens-Vorstellung in Folge, blau
In neuer dekorativer Einrichtung

Rigoletto

Oper in 3 Akten (4 Bilder) nach dem Dialektischen
bald B. M. Poite von Heinrich Brock. Musik von
G. Verdi

Wirtschaftliche Leitung: Oskar Braun
In Szene gesetzt von Oling Holmann

Personen: Der Herzog von Mantua (Paul
Reimer); Rigoletto, sein Schützling; Graf von
Montecarlo (C. Salmann); Graf von Capena
(A. Reimer); Die Gräfin, seine Gemahlin (Edith
Hoff); Marullo, Wache, Kammerdiener (E. Gerbeling,
E. Albert); Sparafucile, ein Bravo (H. Müller);
Maddalena, seine Schwester (E. Hoffmann);
Nobis, Wache (H. Müller); Ein Soldat (H. Müller);
Der Herr u. Tante vom Hofe, Jäger, Kammerdiener
Kaufe nach dem 2. und 3. Bild

Umfang 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr
Freitag, den 28. Mai: 108. Ansehens-Vorstellung
in Folge: Die Gräfin; Musik von
Richard Kibber u. Frau

Zigaretten-Krieg!

Tausende Anerkennungen bestätigen,
daß unsere neue

Wissuh-Zigarette

nur 4 Pfg.

den Sie

davon getragen hat.

Adler-Compagnie A.G.,
Dresden-A. 21.

KORSO

Vornehmes Kaffeehaus

Augustusplatz Goethestraße

Täglich: K. Schlosser mit seiner Kapelle.

Kalte und warme Getränke in bekannter Güte.

Eigene Konditorei.

Ergebenst ladet ein G. Zeisner

Heute abend ab 6 Uhr
Hochfeine
Thüringer Bratwurst
vom Rost
Volkshaus Leipzig

Neues Operetten-Theater

Telephon 22484

Allabendlich 7 1/2 Uhr

Der sensationelle Erfolg

„Ollly - Polly“

Operette in 3 Akten von Walter Kollo.

Musikal. Leitung: Int. Marco Großkopf.

Regie: Karl Martell.

Harold Willis Edger Wiesendanger

Charlie Spencer Max Tolben

Ollly Woodson Hans Bergmann

Polly Webbs Eberhard Wolff

Erna Nitter v. Neuen Theater am Zoo, Berlin.

Robert Hellwig v. Theater a. d. Wien, Wien.

Grüne Schanze

Freitag Ball.

Sonntag Ball.

Stat-Spieler

1/4- und 1/2-Stat sowie Doppelpfandspieler

Anben nachmittags 4 Uhr Anstuf.

Gülden's Restaurant, Zischowstraße Str. 62

Wer schläft?

schlecht

unvergleichl. wirt

Schlummer-Tee

„Rusan“

1.80

für Schlaflose, Nervöse, Ausgetretete!

Engel-Apotheke, Markt

Adler-Apoth., Hainstr.

Löwen-Ap., Grimm-Str.

Carola-Apoth., Lindenau

und in allen Apotheken.

Patentanwaltsbüro Sack,

Leipzig, Brühl 2.

Familien-Nachrichten

Unsere

langjährigen Parteigenossen

Otto und Emma Piltz

zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Ortsverein Markkleeberg.

Telephonisch

können Anträge nicht angenommen werden.

Erpedition der Leipz. Volkszeitung.

Hühneraugen

Bornhaut, Schwielen und Warzen

besonders schnell, sicher, schmerzlos und gefahrlos

hergestellt empfohlen. Wirkungsweise bewährt.

Verwendung 2 Pfg. Gegen Fußschwielen, Bräunen

und Warmlagen Kutivol-Glykol, 2 Pfg. Pfg.

2. Jäger: Jäger-Drogerie, Zweinaudorfer Str. 6; L. Connewitz

Gultau Schönbura, Neudorfer Str. 47; Schwann-Drogerie,

Südstr. 84; L. Gohlis: Jäger-Drogerie, Jägerstr. 15; L. Lindena

Freien-Drogerie, Albertstr. 72; D. Denkschild, Gundorfer

Str. 44; L. Modau: Bahnhofs-Drogerie, Leonhardtstr. 2a;

L. Wahren: D. Müller, Ballische Str. 261; L. Neuland: W. Hilbert,

Eisenbahnstr. 35; L. Stigwitz: H. D. Kuhn, Markt, Zischowstraße

Str. 30; L. Neuditz: E. Ehrlich, Koblartenstr. 51;

Stephani-Drogerie Dresden Str. 36; E. Seilerhaußen: D. Krum-

hiegel, Eisenbahnstr. 14; L. Schleich: D. Neulich, Körnerstr. 23;

L. Schönfeld: Drogerie Zum goldenen Beder, Steintiner Str. 108;

L. Boltzmann: Ida-Drogerie, Eißelstr. 2; A. Meister, Kirch-

str. 96; Gultau Robert Nachfolger, Eisenbahnstr. 113b; D. Sell,

Kirchstraße 43.

Wie die Fürstenvermögen entstanden sind.

Am 20. Juni kann endlich das deutsche Volk darüber entscheiden, wie es über die unerschämten Forderungen der Fürsten denkt. Der Tag des Volksscheids muß ein Tag des Volksgerichts über die Fürsten werden.

Ein wertvoller Beitrag zur Entstehungsgeschichte so mancher Fürstenvermögen liefert Franz Mehring in seiner Vorkriegsarbeit, die nicht nur eine glänzende Darstellung von Lessings Leben und Werk gibt, sondern zugleich eine treffscharfe Schilderung des Zeitalters Friedrich des Großen ist.

Es soll schwer sein, in der ganzen Weltgeschichte eine Klasse aufzufinden, die durch so lange Zeit so arm an Geist und Kraft und so überschwänglich reich an menschlicher Verworfenheit gewesen ist, wie die deutschen Fürsten vom 15. bis zum 18. Jahrhundert.

Da die Fürsten von dem Gewerbe der Untertanen nicht leben konnten, lebten sie von ihrem Blute; aus dem Handel mit Menschen gewannen sie, was ihnen der Handel mit Produkten nicht abwerfen konnte.

Die Warenausfuhr reichte für den Bedarf des fürstlichen Luxus bei weitem nicht hin. Die deutschen Fürsten brauchten noch andere Zahlungsmittel und fanden sie in den Subsidien, für welche sie ihre landesherrlichen Rechte, vor allem die Verfügung über Fleisch und Blut ihrer Untertanen an die Interessen des Auslands veräußerten.

Günstig berechnet, daß allein von 1750 bis 1815 von Frankreich 33 und von England 311 Millionen Taler an deutsche Fürsten gezahlt wurden, Summen, die es überhaupt erst verständlich machen, wie so viele Teilsfürsten eines so verarmten Landes, wie Deutschland war, mit der prunkhaften Verschwendung der französischen Könige wetteifern konnten.

Die Fürstentümer, deren ökonomische Grundlage der fortwährende Verrat an ihren idealen Fürstenpflichten war, mußten natürlich die Bruststücke aller menschlichen Gaster werden. Schon im 15. Jahrhundert war das Sündenregister der deutschen Fürsten unerlöschlich. Und die deutschen Fürsten des 16. Jahrhunderts muß selbst Treiße eine „verkommene Generation“ nennen.

Ueber den Menschenhandel des Herzogs von Braunschweig, in dessen Dienst der Dichter Lessing als Bibliothekar von Wolfenbüttel ein kümmerliches Dasein fristete, äußert sich Mehring ausführlicher:

Herzog Karl von Braunschweig verstand ganz vortrefflich die Alchimie, das Blut seiner Untertanen in Gold zu verwandeln. Er hatte es auch sehr nötig, falls er, obgleich nur Herr über sechs Quadratkilometer und 150 000 Untertanen, auf dem Fuße eines Sultans von Babylon leben wollte. Und er wollte und tat so. Seinem Theaterdirektor und Oberkuppler, dem italienischen Gauner

Niccolini, gab er einen jährlichen Gehalt von 30 000 Talern, dem Gotthold Ephraim Lessing, Bibliothekar in Wolfenbüttel, gab er 600 Taler jährlich. Am Rande des Bankrotts mußte der Herzog im Jahre 1773 die Regierung dem Erbprinzen überlassen, der sich, wie Herr Erich Schmidt rühmt, in stolzer Zurückhaltung „nur mit der „Finanzreform“ beschäftigte. Sie war ein ganz einfaches Handelsgeheimnis; der Erbprinz war nämlich dem Landrafen von Helsen unter den deutschen Kleinfürsten der betriebfamste Händler mit Menschenfleisch. Er verschaffte an England und Holland viele Tausende von Landestindern um schmerz Geld. Friedrich der Große erklärte, von solchen verkauften Truppen, die sein Gebiet



berühren, würde er Bleisölle erheben lassen, denn hier seien vernünftige Menschen als Tiere verschachtet; ja, als einmal wirklich ein von seinem Ausbader Verwandten verhandelter Transport über die preussische Grenzen kam, ließ er Kanonen gegen die Menschenhändler aufscharen, so daß sie einen Umweg nehmen mußten. Über Friedrichs Beweggründe beurteilt Moser richtig, wenn er meint, daß Friedrich die deutschen Werkslätze, die er selbst brauchte, habe schonen und übrigens den Engländern einen Schabernack spielen wollen, wie er denn auch dem Fußpaß bald wieder frei gab, als er politische Rücksichten auf England nehmen mußte.

Der Dichter Herder klagte die fürstlichen Menschenhändler mit wuchtigen Worten an:

Sie sind in ihrer Herren Dienst So hündisch treu, sie lassen willig sich Zum Müßiggang und Ohlostrom, Nach Kanada und nach dem Mohrenfels Verkaufen. Stirbt der Sklave, streicht der Herr Den Sold ein, doch die Witwe darbt, Die Waisen lechzt den Pflug und hungern. Nun, Das schadet nicht, der Fürst braucht einen Schatz.

Drimal hat der Erbprinz und spätere Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig seinen Menschenhändler getrieben. Im Jahre 1776 verkaufte er 4300 Mann an England für den Krieg mit den amerikanischen Kolonien, im Jahre 1785 3000 Mann an die niederländischen Generalkolonien, im Jahre 1795 wieder an England 1900 Mann. Verweilen wir ein wenig ausführlicher nur bei den ersten und berichtigten dieser „Finanzreformen“. Im Jahre 1776 schloß der englische Oberst William Frautz mit dem braunschweigischen Minister Keroune den Vertrag ab, wonach der Herzog von Braunschweig sich verbindlich machte, ein Korps von insgesamt 4300 Mann Infanterie und leichter Kavallerie zur Verfügung der englischen Regierung zu stellen, wogegen sich diese zu einer Subsidie verpflichtete, die vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages beginnen und einfach sein, d. h. auf 64 500 deutsche Taler jährlich steigen sollte, solange die Truppen den englischen Sold genossen. Von der Zeit an, wo die Truppen aufhörten, den Sold zu beziehen, sollte die Subsidie verdoppelt werden und also auf 129 000 Taler steigen, und diese doppelte Subsidie sollte zwei Jahre nach der Rückkehr der Truppen nach Deutschland fortbauern. Ferner erhielt der Herzog für jeden Mann ein jährliches Werbegehalt von 80 Talern, und als Entschädigung für jeden Weideten 40 Taler, endlich ebenfalls für je drei Verwundete.

Die verkauften Truppen kämpften über sieben Jahre in Amerika. Sie erhielten aus Braunschweig jährlich Nachschub an Erbsmannschaften, und zwar hielt sich die Rechnung so:

Table with 2 columns: Braunschweig verkaufte im Jahre 1776, and Soldatennachschub im Jahre 1777. Values include 4300 Mann, 224, 475, 286, 286, 172.

Davon kehrten im Herbst 1783 zurück 5723 Mann, also Verlust 2708 Mann, also Verlust 3015 Mann.

Indessen würde man Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig allzu hoch taxieren, wenn man annehmen wollte, daß diese 3015 von ihm gemordeten Landestinder alle auf dem Schlachtfeld geblieben seien. Der elende Bube befahl vielmehr, die Krüppel und Verwundeten hilflos in Amerika zurückzulassen. Er schlug also für seine Wollüste einen dreifachen Profit aus diesen unglücklichen Menschen: erst verkaufte er ihren gesunden Leib, dann ließ er sich für ihren verletzten Leib entschädigen und endlich sparte er Anwohlfeld, indem er die Erwerbsunfähigen in der Fremde verkommen ließ. Was Wunder, daß er bei dieser glänzenden „Finanzreform“ über fünf Millionen Taler Bargewinn einstrich.

Franz Mehrings „Vorkriegsarbeit“, die diese Darstellungen entnommen sind, ist zum Preise von 6,50 Mk. in jeder Volksbuchhandlung zu haben.

Diamantrausch.

In Bestersdorf im Transvaal wurde vor kurzer Zeit ein neues Diamantenfeld entdeckt. Auf diese Nachricht hin strömten alsbald mehr als zwanzigtausend Menschen zusammen, die alle Boden verlangten. Nicht, um ihn zu bebauen, um sich hier dauernd anzusiedeln, und um eine Heimat zu gründen, sondern um ihn durchzugraden und rasch ungeheuer reich zu werden.

Marmor.

Der Lüchow-Prozess. Die Sachverständigenurteile.

R. Im Lüchow-Prozess, der am 22. Februar begonnen hat, wird Anfang Juni das Urteil gesprochen werden. Wie es aussieht, ist im Augenblick noch schwer zu sagen. Vom Anklagematerial — nicht im pädagogischen Sinne, sondern im strafrechtlichen — ist wenig übrig geblieben. Im großen und ganzen kommen nicht mehr als vier Belastungsmomente in Betracht. Das in h r i n s t i g e oder brünstige Küßeln, je nach dem, wie man es nimmt, im Falle Hoffmann; der Kniefuß im Falle Rogebant; der angelegte von Lüchow selbst veranlaßte Griff des kleinen Waischen in seine Tasche und schließlich der Fall Weiß, in dem Lüchow sich noch in Verla an dem Jungen in grob unzüchtiger Weise mehrmals vergangen haben soll.

Schwerwiegend ist allein der letzte Vorfall. Seine Schilderung hat einen tiefen Eindruck hinterlassen; ihn zu erschüttern, schien unmöglich. Der junge Mensch war bereits vom Unterhaltungsrichter verurteilt worden. Die Bedenklichkeit, die ihm dieser vor Abnahme des Eides gewähren wollte, schlug er aus. In der Gerichtsverhandlung wurde er pflichtgemäß auf die Folgen aufmerksam gemacht, die für ihn entstehen könnten, wenn er sich mit seinen früheren beiden Aussagen in Widerspruch setzen würde. Trotzdem änderte er in einem entscheidenden Punkte — auch hierbei handelte es sich um eine unbillige Berührung — seine Aussage in einem anderen Satz plötzlich mit einer ganz neuen Darstellung, die für die Beurteilung des Angeklagten von nicht geringerer Bedeutung sein mußte. Jetzt blieb er aber in seinen Behauptungen hinsichtlich der unzüchtigen Handlungen in Verla. Im Verlauf der Vernehmung verwickelte er sich dann in eine Reihe von Widersprüchen; hielt Kontrollfragen gegenüber, die sich auf Einzelheiten bezogen, nicht stand; offenbarte Erinnerungslücken und Gedächtnisfälschungen, die ihn in Gegensatz brachten zu den Aussagen einer Reihe seiner ehemaligen Kameraden. Nicht weniger widerspruchsvoll erschien auch seine Persönlichkeit; er ist ein psychopathischer, disharmonischer, sexuell äußerst bedürftiger und geistig zurückgebliebener Mensch. So hinterließ auch seine Aus-

sage letzten Endes den gleichen zwiespältigen Eindruck, wie dies ja bei der gesamten Gerichtsverhandlung der Fall war. Die eine wie die andere Deutung schien auch hier möglich. Die Entscheidung blieb bei den pädagogischen und medizinischen Sachverständigen. Sie hatten sich in der Hauptsache über zwei Fragen schlüssig zu werden: einmal, ist dem Jungen überhaupt zu glauben? Zum andern: waren Lüchows Handlungen — die Züchtigungen und Liebesungen sexuell bedingt?

Dr. Mückenmüller, der beste Kenner der Auslegungshologie von Tübingen, erklärte mit aller Entschiedenheit: das Zeugnismaterial im Lüchow-Prozess unterscheidet sich in bezug auf Psychopathie und Schwachsinn in nichts von dem, was er aus seiner 20jährigen Tätigkeit in Fürsorgeanstalten kennt. Nur wenige von den Aussagen dieses Jugendlichen seien als einwandfrei zu bezeichnen. Von den Zeugen Waische, Rogebant und Weiß gelte dies in erhöhtem Maße. Er als Richter würde sich nicht entschließen, den Angeklagten auf Grund der Aussage dieses letzten Zeugen zu verurteilen. Im übrigen sei Lüchows Prügel- und Liebesungssystem nicht als sexuell begründet anzusehen. Sie passen in die Gesamtpersönlichkeit dieses sonnen Menschen.

Angeklärt zu den gleichen Forderungen kam der Nachfolger Dr. Pich, der Leiter Lüchows sämtlicher Vätererziehungsinstitute, Dr. Andree. Auch er steht auf Grund seiner Kenntnis der Jugendpsychologie im allgemeinen und der Anstaltspsychologie im besonderen den Zeugnisaussagen skeptisch gegenüber. Weiß sei durch Lüchows Unfähigkeit, sich dem Seelenleben eines im Entwicklungsalter stehenden Knaben anzupassen, von Freundschaft zu Haß gedrängt worden. Alles Drum und Dran seiner Aussage weise auf künstliche Konstruktion eines Vorfalls hin, der in Wirklichkeit vielleicht nicht ereignet worden sei mag. Im übrigen stelle Lüchows Erziehungsprogramm eine widerwärtige Berufung der alten Prügelucht mit der Viechischen Liebespädagogik dar. Die letztere lege aber geistig-erotische Bindungen, die als erotisch bezeichnet werden können, zwischen Erzieher und Zögling voraus.

Dr. Emsmann, dessen pädagogisches Gutachten noch aussteht, wird allem Anscheine nach zu ungefähr gleichen Schlüssen, wie in der Beurteilung der Weißchen Aussage, so auch der Lüchowischen Erziehungspraktiken kommen: als homoerotisch und unzüchtig wird auch er sie nicht ansprechen.

Das haben auch Dr. Magnus Hirschfeld und Professor Strachmann nicht getan. Letzterer überließ die Würdigung der Zeugnisaussagen dem Gericht. Er konnte aber nicht, gleich Dr. Mückenmüller, die Aussagen von Weiß, Rogebant und Hoffmann ohne weiteres für unglaubwürdig erklären. Sollten sich diese Fälle — so erklärte er — wie von diesen geschildert, abgespielt haben, so wären doch homoerotische Komponenten bei Lüchow zu vermuten. Dr. Magnus Hirschfeld charakterisierte den Angeklagten als unausgereiften infantilen Menschen. Sein ganzes Seelenleben, sein Verhältnis zu den Jungen, sein äußeres Gebahren — alles weise darauf hin. So brauchen auch seine Züchtigungen und Liebesungen nicht sexuellet Natur zu sein. Der Fall Weiß, sofern er der Wahrheit entspricht, läme einer einmaligen Entzweiung gleich.

Dr. Störmer und Dr. Plagel haben ihre Gutachten noch nicht gegeben. Aber aus ihrer Fragestellung ist ihr Standpunkt klar ersichtlich. Es ist bekannt, daß Dr. Störmer auf Grund der Voruntersuchung Lüchows Handlungen als unzüchtig, seine Geschlechtsabert als homoerotisch und labilförmig bezeichnet hat. Durch die Hauptverhandlung scheint er gleich Prof. Strachmann zu einer anderen Einstellung gelangt zu sein. Es ist anzunehmen, daß er zwar das Erziehungsprogramm Lüchows als nicht sexuell bedingt ansprechen, aber sich noch energischer als Prof. Strachmann gegen die Verwerfung der Aussagen einzelner Belastungszeugen äußern wird. Nicht überzeugt hat die Hauptverhandlung allein Dr. Plagel. Er scheint nach wie vor von der Homoerotikität wie von dem Ebidismus Lüchows überzeugt und betrachtet die Liebesungen und Zärtlichkeiten als Ausfluß dieser sexuellen Komponenten.

Einig sind aber alle Sachverständigen in der schärfsten Verurteilung der Prügelstrafe — einzig, mit Ausnahme des Studentrats Dr. Brehmer. Nach seinem Dafürhalten hat Lüchow dieses Strafmaterial nicht anders behandeln können, als er es getan. Allerdings: Lüchow hat anders nicht können, weil er eben — Lüchow ist.

Gegen die Justizreaktion!

Wandi: Das Justizverbrechen des Reichsgerichts an dem Verfasser der „Stappe Gen!“. Verlag „Der Syndikalist“, Fritz Kater, Berlin D. 34, 1926.

Der Verfasser der Broschüre ist vom Reichsgericht im Dezember 1923 wegen Fehlerlei und Landesverrats zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Ihm war vorgeworfen worden, das sogenannte Dokument Debuschlaere — ein im Kriege über die Vernehmung des gefangengenommenen Belgiers Debuschlaere am 24. 9. 18 aufgenommenes Protokoll — an sich gebracht, es in der ausländischen Presse durch einen Mittelmann veröffentlicht und damit sog. diplomatischen Landesverrat begangen zu haben. Ihm begeht u. a. wer Urkunden, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer andern Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats erforderlich ist, öffentlich bekanntmacht. Obwohl das Auswärtige Amt ausdrücklich bezeugt hatte, daß das Dokument Deb. nicht unter die Urkunden fällt, die im Interesse des Deutschen Reichs geheimzuhalten sind, und Prof. Dr. Schäding, der bekannte Staatsrechtslehrer, im Prozeß ein gleiches Gutachten erstattet hatte, erfolgte doch die Verurteilung Wandis, dem damit das gleiche Schicksal widerfuhr wie F e c h e n b a c h in einem ähnlich gelagerten Fall. Freilich war das Gericht im Falle F e c h e n b a c h ein bairisches Volksgericht, das sich hemmungslos seinen politischen Leidenschaften hingab, während im Falle Wandis der höchste deutsche Gerichtshof urteilte, der noch stets den Anspruch höchster Objektivität für sich erheben hat.

Was es damit auf sich hat, zeigt die Broschüre Wandis, wenn sie nur einigermaßen den Prozeßverlauf richtig wiedergibt, deutlich. Nach dem in der Broschüre eindrucksvoll geschilderten Verhandlungsgang kann das Fehurteil niemand überhaken. Die Broschüre liefert so eine treffliche Illustration zu der Tatsache, daß im Jahre 1923 wegen Landesverrats von deutschen Gerichten 940 Jahre Zuchthaus verhängt worden sind. Wie F e c h e n b a c h kämpft auch Wandis für eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Hierfür will die Broschüre die breite Öffentlichkeit interessieren. Jeder, der noch ein fünftes Gerechtigkeitsgefühl in sich trägt, sollte deshalb die Broschüre lesen. Sie gibt an einem Schulbeispiel wieder, was ein aufrechter Republikaner vor den Schranken der deutschen Strafjustiz widerfahren kann. Mit dieser Erkenntnis ist es aber nicht getan. Die Broschüre zeigt auch, daß es höchste Zeit wird, mit den noch geltenden Strafbestimmungen des Kaiserlichen Strafgesetzbuchs über Hoch- und Landesverrat endlich aufzuräumen und damit nicht auf die seit der Revolution fällige Reform des Strafrechts zu warten, die noch in weiter Ferne steht. Eine Revision der Justizreaktion würde damit fallen. Der Wandischen Schritt ist deshalb die meiste Verbreitung zu wünschen.

Pädagogisches.

Die Schullehre. Von Seminaroberlehrer V. Krudenberg. 155 Seiten. Preis geb. 3 Mk., in Leinen 4 Mk. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.

Der Verfasser, ein warmherziger Lehrerbildner, macht sich ernstlich mit diesem Buche an die schwere Arbeit, die herrschende Gedankenlosigkeit hinsichtlich der soziologischen Folgen des gemeinsamen Schulbesuches zu überwinden und den Gemeinschaftsgebanken recht prägnant herauszuarbeiten. Damit muß er selbstredend zum abgefahrenen Feind jener Schule werden, deren Prophet der autorisierte Schulmeister ist.

Manche Punkte fordern unsern Widerspruch heraus, denn die idealistische Begrenztheit Krudenbergs trägt den tatsächlichen wirtschaftlichen Bedingungen viel zu wenig Rechnung. Immerhin sind wir gerecht genug, anzuerkennen, daß ein großes Stück unres Weges geobnet wäre, wenn seine Bestrebungen Wirklichkeit würden. Mit vollem Beifall begrüßen wir den tiefen Ernst, mit dem die unterrichtende Schule belämpft wird und sie zu einer erziehenden machen will.

An sich bietet die von Krudenberg gewählte Art der Kritik wenig Möglichkeit zu wesentlichen Auseinandersetzungen, doch wird sein Buch, fürchten wir, von den meisten „Laien“ nicht gerade mit großem Ruhen gelesen werden, es ist vor allem für Schulmänner geschrieben. Diesen aber vermag es bestimmt von Nutzen zu sein.

Gewerkschaftsbewegung

Geringe Senkung der Erwerbslosensaffen.

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Jahres blieb hinter dem Rückgang in der zweiten Aprilhälfte etwas zurück. Die Zahl der Hauptunterstützten sank von 1782 000 auf 1742 000. Der Rückgang kam hauptsächlich den männlichen Unterstützten zugute, deren Ziffer von 1465 000 auf 1425 000 herunterging. Die Zahl der weiblichen Unterstützten blieb im großen und ganzen dieselbe. Bei den Zuschlagsberechtigten ist ein Rückgang von 1818 000 auf 1764 000 zu verzeichnen.

Die Ursache der Verminderung des Rückgangs liegt in zwei Faktoren: Zunächst ist die Nachfrage der Landwirtschaft nach Arbeitskräften Anfang Mai nicht mehr so stark wie im April; sie legt erst wieder im Juni stärker ein. Ferner hat der englische Streik, von dem nahe Gemüter eine Belebung der deutschen Wirtschaft, vor allem des Kohlenbergbaues, erhofften, den Beschäftigungsgrad in Deutschland gedrückt. Je mehr Weltwirtschaft, je mehr gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Industrieländer, desto weniger gilt das Wort: Anderer Leute Tod ist mein Leben.

Fedentliches aus der Genossenschaftsbewegung.

Hilt und Galle vertritt die Konsumgenossenschaftliche Rundschau in ihrer Nummer vom 22. Mai, weil ein Teil der Arbeiterpresse Kritik geübt hat, daß die Konsumgenossenschaft in Kaufmannsbürgern am 1. Mai ihre Verkaufsstellen offengehalten und die Konsumgenossenschaftliche Rundschau dieses als „verrückt“ bezeichnet und als nachahmenswert empfohlen hat. Das Blatt schimpft über die „Berlogenheit“ der „ganz und halb kommunistischen Presse“ und über die Leute, „die die Begriffe Verantwortlichkeit und Gewissenhaftigkeit nicht einmal vom Hörensagen kennen. Die Verwaltungen der Konsumvereine, denen wertvolle gemeinnützige Einrichtungen anvertraut seien, könnten und dürften sich über solche Dinge „nicht mit der Leichtfertigkeit des unwillkürlichen und kreuzförmigen Parteipolitikers hinwegsetzen.“

Das schreibt das Zentralblatt der von Sozialdemokraten ins Leben gerufenen Konsumgenossenschaften und liefert damit den Sozialdemokraten im Unternehmerrahmen willkommenen Stoff gegen die Arbeiterbewegung am 1. Mai. Leichtfertiger und kreuzförmiger kann wahrlich nicht von gewickelten oder fein wollenden Sozialdemokraten mit einer alten Arbeiterbewegung umsprungen werden. Die Arbeiterbewegung hat allen Anlaß, sich etwas mehr um den derzeitigen Kurs in der Genossenschaftsbewegung zu kümmern.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Der tote Punkt in der Kohlenkrise.

WPA, London, 26. Mai.

Wie verlautet, sind keine neuen Schritte zur Beilegung der Krise in der Kohlenindustrie erfolgt, leitend Baldwin vor vier Tagen den Grubenbesitzern und Bergleuten im Zusammenhang mit ihrer abscheidenden Haltung zu den Regierungsvorschlägen zur Organisation der Kohlenindustrie getrimmt hat. Seitdem hat keine der Parteien einen Schritt getan, wenn auch vermutet wird, daß informelle Bemühungen im Gange sind, sie zusammenzubringen. In politischen Kreisen wird die Lage als ernst angesehen. Voraussetzungen für eine Lösung der Krise sind noch einige Zeit fortzudauern, bevor der Regierung eine Verhängung der Rationierung der Kohle für industrielle Zwecke und für Hausbrand durchgesetzt werden.

*

Das Daily Herald befaßt sich mit der Frage, wie der tote Punkt in der Kohlenkrise überwunden werden könne. Das Blatt führt die Rede Coates an, der den Premierminister aufforderte, die Wiederaufnahme der Arbeit unter den bisherigen Bedingungen zu veranlassen, und fügt hinzu, Coats werde nötigenfalls bereit sein, über Lohnvermindernungen nach der Durchführung der Neuorganisation der Kohlenindustrie zu verhandeln.

Keine Verhandlungen.

WPA, London, 27. Mai.

Das von der Regierung gemachte Angebot einer weiteren Subventionszahlung in Höhe von drei Millionen Pfund läuft am kommenden Montag ab und immer noch sind keine Anzeichen für Verhandlungen vorhanden. Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, Herbert Smith, machte in seiner gestrigen Rede keinerlei Andeutungen, daß die Bergarbeiter oder ihre Führer ihre Ansichten auch nur im geringsten geändert hätten. Ganz im Gegenteil war er der Auffassung, daß der Kampf von langer Dauer sein werde. Eine Einigung könne nur erzielt werden, wenn

1. die unwirtschaftlich arbeitenden Gruben geschlossen würden;
2. die hierdurch arbeitslos werdenden Bergarbeiter Arbeitslosenunterstützung erhalten und
3. ein Komitee gebildet würde, das sich aus Grubenbesitzern, Bergarbeitern und Verbrauchern zusammensetzt und das die Aufgabe habe, die Inflationspreise festzusetzen.

Smith wiederholt damit bereits vor einigen Tagen gemachte Vorschläge. Die Welfungen der Arbeiterbewegung im Bergbau auf andere Industrien macht sich bereits sehr fühlbar. Einer Meldung aus Grimsby zufolge hat ein befürchtetes Unterkomitee angeordnet, daß vom nächsten Montag ab die britischen Fischdampfer keinerlei englische Kohle mehr bunkern dürfen. Von diesem Zeitpunkt ab werden die Fischdampfer ihre Kohle im Auslande zu bunkern gezwungen sein, falls sie es nicht vorziehen, ausgelegt zu werden.

Eröffnung der 8. Internationalen Arbeitskonferenz.

SPD, Genf, 26. Mai.

Am Mittwochvormittag 11 Uhr wurde die 8. Internationale Arbeitskonferenz mit einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas eröffnet. Darauf folgte die Wahl des vom Verwaltungsrat in Aussicht genommenen Vrs. der Konferenz, des holländischen Parlamentariers und Sozialpolitikers Dr. Nolens. Bei der Empfehlung seiner Wahl durch je einen Vertreter der Regierungen und der Arbeiter, und Arbeitnehmergruppe bemerkte Genosse Merrens, Belgien, die Arbeitergruppe wünsche, daß Dr. Nolens durch die neue Würde in seinem Lande noch mehr Autorität gewinne, so daß es ihm bald gelinge, die internationalen Abkommen, vor allem das über die 48-Stunden-Woche, zur Ratifizierung zu bringen.

An der Konferenz nehmen 37 Ländervertretungen mit 129 Delegierten und 107 Stellvertretern und technischen Sachverständigen teil. Auf die verschiedenen Kontinente verteilen sich die Delegierten wie folgt: Europa 88, Amerika 23, Asien 11, Afrika 4, und Australien 3. Die Zahl der vertretenden Länder ist um 5 kleiner als bei der letzten Konferenz. 19 Länder sind gar nicht vertreten. Doch handelt es sich hierbei entweder um sehr weit entfernte oder industriell noch sehr wenig entwickelte Staaten. Die stärkste Vertretung weist Spanien mit 17 Delegierten auf, dann folgen Japan mit 15, Deutschland und England je 14, Dänemark mit 10 usw.

Zwei Arbeiterdelegierte haben bereits Entschuldigungsverträge eingebracht: der Indier Rai zur Durchführung einer Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse der Eingeborenen und Farbigen in Afrika und Amerika sowie für die Ernennung eines Korrespondenten des Internationalen Arbeitsamtes in Indien, und der Schweizer Schürch über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zu Vizepräsidenten der Arbeitskonferenz sind am Mittwochvormittag gewählt worden: Minister Agüero (Argentinien) als Regierungsvizepräsident, Hodac (Tschchoslowakei) als Arbeiter- und Hermann Müller (Deutschland) als Arbeitervertreter. In den Vorschlagsauschüß ist als Regierungsvizepräsident Gehcimrat

Dr. Feig und als Arbeitervertreter Kommerzienrat Bogel und der Oesterreicher Schmidt gewählt worden, als Arbeitervertreter der Oesterreicher Wegl. Auf Antrag der Vorschlagskommission sollen vier Kommissionen der Konferenz eingesetzt werden.

Generalversammlung der Bezirksfiliale der Beldungsarbeiter.

Am 9. Mai tagte die erste Generalversammlung der Bezirksfiliale Leipzig des deutschen Beldungsarbeiterverbandes. Genosse Dr. Herzberg sprach über das Thema: Der Arbeiter und die deutsche Wirtschaft. Der Referent ging zunächst auf die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein, von der zusammen 45 Prozent der Gesamtbevölkerung betroffen wird. Er betonte ausdrücklich, daß es eine falsche Auffassung sei, wenn behauptet werde, daß die Wirtschaftskrise durch die Abtrennung deutscher Gebiete hervorgerufen sei. Das beweise, daß ja auch die Siegerstaaten von der Krise nicht verschont seien. Eine der Hauptursachen erblicke der Redner in der mangelnden Arbeitsmöglichkeit. Die verlorenen Kolonien seien für den Absatz belanglos. Mehr ins Gewicht fielen die Absatzgebiete, die infolge des Krieges und der dadurch erfolgten schnelleren industriellen Entwicklung anderer Länder verlorengegangen sind. Die Steuerbelastung des deutschen Staates sei, trotz Dawospfan nicht viel höher als die anderer Länder. Die Mehrkosten der deutschen Wirtschaft würden doppelt ausgeglichen durch den niedrigeren Lohn des deutschen Arbeiters. Genosse Herzberg schildert dann die Aufgaben der Gewerkschaften, um die Wirtschaft in die richtige Bahn zu lenken. So wie die Betriebsräte die Betriebsdemokratie zu wahren haben, hätten die Gewerkschaften auf die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie hinzuwirken, um somit zum Sozialismus zu gelangen.

Dann gab Kollege Kluge einen Überblick über die Arbeitsverhältnisse in Leipzig. Daraus geht hervor, daß 25 Prozent arbeitslos sind und 40 bis 45 Prozent kurz arbeiten. Soweit durch den Arbeitsnachweis festzustellen ist, ergibt sich, daß in Leipzig, alle Branchen des Beldungsarbeiterverbandes zusammengenommen, 2000 Arbeitslose vorhanden sind. In Wirklichkeit sei die Zahl aber bedeutend höher, da nicht alle im Beruf Arbeitenden zu erfassen sind. Redner behandelte dann die Finanzlage der Bezirksfiliale und im Anschluß daran die Gehaltsfrage der Angestellten. Er ersucht die Kollegen, nun endlich einmal diese Frage im Interesse der Organisation als erledigt zu betrachten. Da mit einer Beilegung der Krise nicht zu rechnen sei, werde man trotz der bereits stark herabgesetzten Gehälter der Angestellten zu Entlassungen schreiten müssen. Die vertragsmäßige Kündigung sei am 1. April ausgesprochen worden. Redner berichtet dann über die Tarife der einzelnen Branchen. — Den Kassenbericht erstattete Kollege Pöhlke. Die Hauptlast mußte stark in Anspruch genommen werden. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger war höher als im vorigen Quartal. Die Mitgliederzahl hat sich ein wenig erhöht. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß vorübergehend ein Abbau der Angestellten eintreten und die Beitragsfrage einer Neuregelung unterzogen werden müsse.

Ein Antrag, die Verhältniswahl der Vertreter zur Generalversammlung einzuführen, wurde einstimmig abgelehnt. An Stelle eines Antrages der Branchenleitung der Juristen, welcher in ähnlichem Sinne lautete, wurde eine Entschließung des Vorstandes angenommen, welche folgendermaßen lautet: „In Rücksicht auf die gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Gehälter der Angestellten einer nochmaligen Revision durch die Gehaltskommission bzw. Beirat zu unterziehen.“ Ein Antrag, die Zusammenfassung der Betriebsräte im Bereiche der Bezirksfiliale Leipzig, auf Grund des Beschlusses der Beiratsitzung vom 21. September 1920 vorzunehmen, wird angenommen.

Kollege Heine gibt bekannt, daß 101 Vertreter anwesend sind, 7 fehlen entschuldigt, 54 unentschuldigt. Das Verhalten der säumigen Kollegen wird scharf kritisiert und angebroht, daß zweimaliges unentschuldigtes Fehlen den Verlust des Mandats zu gewärtigen hat. Kollege Heine weist noch auf das Jugendtreffen am 27. Juni in Weichen hin. Weiter stellt er mit, daß am 13. Juni ein Ausflug nach Riesa stattfindet und ersucht um rege Beteiligung. Damit schließt er 1.30 Uhr die Versammlung.

Wirtschaft

Die Konsumvereine im Jahre 1925.

Von S. Fleißner.

In dem jetzt erschienenen Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Jahr 1925 wird festgestellt, daß sich die Lage der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine trotz der wirtschaftlichen Krise gegenüber dem Vorjahre wesentlich gebessert hat. Der Gesamtumsatz stieg von 381 Millionen auf 618 Millionen Mark. Im letzten Jahre vor dem Kriege betrug er 486 Millionen Mark. Dabei sind aber die gegenwärtig weit höher liegenden Warenpreise zu beachten.

Der Umsatz selbst wurde in 8500 Verteilungsstellen erzielt. Die Waren, die von den Genossenschaften durch die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bezogen wurden, machten 26,7 Prozent des Gesamtumsatzes aus, gegenüber 20,7 Prozent im letzten Vorjahresjahre. In dieser Hinsicht läßt demnach die „genossenschaftliche Treue“ noch mancherlei zu wünschen übrig. Den Warenbezug von der GGG. vermitteln 58 über das ganze Reich verstreute Einkaufsvereinigungen, denen immer die einzelnen Konsumvereine eines bestimmten Bezirkes angehören. Außerdem unterhält die GGG. in verschiedenen Teilen des Reiches Zentrallager, durch welche die Warenvermittlung wesentlich erleichtert wird. Diese Zentralen sind auch mit großen Eigenproduktionsbetrieben verbunden. Der Wert der in eigenen Betrieben der einzelnen Vereine hergestellten Waren beträgt 161 Millionen Mark (1925: 90 Millionen), davon entfallen allein auf die Bäckereien 104 Millionen.

Die flüssigen und angelegten Mittel der Konsumvereine machten für 1925 rund 25 Millionen Mark aus, gegen 12 Millionen im Jahre 1924. Der Betrag hat sich also mehr als verdoppelt, bleibt aber doch wesentlich hinter dem von 1914 (63 Millionen) zurück. Diese Ziffern zeigen besonders, daß die Konsumvereine gegen die Parteilagszeit in bezug auf ihre Festigkeit noch viel aufzuholen haben. Die Spareinlagen der Mitglieder in den einzelnen Vereinen und die Hausanteile werden mit 69,4 Millionen Mark angegeben. Aus ihnen spricht das pathetische Vertrauen der Mitglieder zu ihren Genossenschaften. Der Buchwert des Grundbesitzes betrug Ende 1925 89 Millionen gegen 100 Millionen im Jahre 1914. Der wirkliche Wert ist natürlich höher als der Buchwert.

Die Anteile der Mitglieder, der wichtigste und sicherste Teil des Eigenkapitals der Konsumvereine, werden mit 20 Millionen Mark festgestellt; im Jahre 1914 machten sie 33,3 Millionen Mark aus. Berücksichtigt man, daß die Anteile durch die Inflation völlig entwertet wurden, so ist die verhältnismäßig schnelle Erholung eine anerkennenswerte Leistung. Die Anteile konnten bekanntlich nicht ausgewertet werden, weil es sich im Einzelfall um geringe Beträge, durchschnittlich etwa 25 bis 30 Mk., handelte. Die Referenzen betragen 29,3 Millionen Mark gegenüber 24,8 Millionen Mark im Jahre 1914. Damit stellt sich das gesamte Eigenkapital auf 49 Millionen Mark. Der Stand von 1914 (= 58 Millionen Mark) ist somit bald erreicht.

Ein Zeichen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind die verhältnismäßig hohen Warenbestände, auf die im Bericht hingewiesen wird. Sie beeinträchtigen vor allen Dingen die Ausnutzung des Betriebskapitals. Als Ausdruck des noch immer anhaltenden Mangels an Betriebskapital erscheinen die hohen Waren- und Bankschulden im Betrag von 50,7 Millionen Mark gegenüber 10,5 Millionen Mark im Jahre 1914. Bei alledem muß aber immer wieder der bereits betonte geringere Geldwert bzw. die höheren Warenpreise beachtet werden. Die Wirtschaft der Konsumvereine als Preisregulatoren

zeigt sich darin, daß eine Vergleichung der Warenpreise in 50 Städten für die Konsumvereine einen um 5 Prozent niedrigeren Preisstand gegenüber den Privatgeschäften ergab. In diesem Zusammenhang muß noch die Rückvergütung berücksichtigt werden, die die Mitglieder der Konsumvereine am Jahreseschluß erhalten. Der ersetzte Jahresertrag stellt sich für das abgelaufene Geschäftsjahr auf 24,2 Millionen. Geschäftseinrichtungen und Maschinen stellten mit 8,8 Millionen zu Buch (1914 = 16,4 Millionen). Auch in diesen Ziffern, die natürlich unter dem richtigen Wert liegen, drücken sich harte Misstopfen der Konsumvereine aus.

Dem Zentralverband waren im Jahre 1925 rund 1150 Genossenschaften angeschlossen. Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Zahl der angeschlossenen Vereine um 53 vermehrt. Diese Entwicklung ist in der Hauptsache auf Verschmelzung unter den einzelnen Vereinen zurückzuführen. Allerdings hat die Mitgliederzahl eine Verringerung um 123 000 erfahren und sich auf 3 382 000 gesenkt. Bei diesem Rückgang handelt es sich aber im wesentlichen um eine Säuberung der Mitgliederlisten von sogenannten Papiermitgliedern. Ganz allgemein ist man dazu übergegangen, Mitglieder, die dem Konsumvereine keine Waren mehr entnehmen und der Genossenschaft indifferent gegenüberstehen, einfach auszuscheiden. So befreit man sich vom Ballast, der schließlich in der Statistik ein unrichtiges Bild beugt. Es ist anzunehmen, daß sich dieser Reinigungsprozess noch einige Jahre fortsetzen wird. Selbstverständlich ist, daß diese Verluste im Laufe der Zeit durch Neueintritte ausgeglichen werden. So traten im Jahre 1925 insgesamt 85 000 Personen den Vereinen des Zentralverbandes bei. Die in Frage kommenden Vereine selbst beschäftigten 37 318 Personen, wovon 6273 auf die Eigenproduktion entfallen.

Der Mangel an Gefrierfleisch.

Dem SPD wird geschrieben: Angeichts der unverändert schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt ist für weite Teile der Bevölkerung das Kaufen von Frischfleisch eine Unmöglichkeit geworden. Soweit in Familien, deren Verdienner nun schon seit Monaten arbeitslos oder kurzarbeitslos sind, der Fleischgenuss überhaupt noch in Frage kommt, handelt es sich durchweg um das billigere Gefrierfleisch. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Gefrierfleisch-Einfuhrkontingente durchaus nicht genügen. Es ist deshalb erklärlich, daß die Forderung nach Erhöhung der Kontingente immer dringender wird. So ist eine Vertretung der Städtevereinigungen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Reichsernährungsministerium vorstellig geworden, um eine bessere Gefrierfleischlieferung des Industriegebietes, wo sich die Wirtschaftskrise besonders scharf ausprägt, durchzusetzen. Wie wir dazu erfahren, hat man auch eine Kommission gebildet, in der die Belange des Industriegebietes auf dem Gebiet der Gefrierfleisch-Einfuhr erörtert werden sollen.

Viel Hoffnung, daß den Wünschen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Rechnung getragen wird, haben wir allerdings bei der einseitig-agrarischen Einstellung gerade des Reichsernährungsministeriums nicht. So hat sich die ganze gegenwärtige Regelung der Einfuhr von Gefrierfleisch, wie von kompetenter Stelle schon öfter dargelegt worden ist, als Behinderung einer ausreichenden Ernährung der notleidenden Bevölkerung und als eine Vertiefung des Gefrierfleischmangels erwiesen, ohne daß das sogenannte Reichsernährungsministerium bis jetzt einen Finger gerührt hat, um dem Unfug zu steuern. Anzeichen ist man im Reichsernährungsministerium gewöhnt, erst dann berechnete Wünsche zu berücksichtigen, wenn mit der Faust auf den Tisch geschlagen wird, wie das der Herrs Hogegarrier erst kürzlich wieder auf der Tagung des Landwirtschaftsrates in Darmstadt getan haben.

Der holländische Margarinfongern in Deutschland.

Der Ban den Berg-Margarinfongern Holländische Bereinigung ist Exploitation von Margarinfabriken spricht sich in seinem jüngsten Geschäftsbericht außerordentlich zufriedenstellend mit dem Ergebnisse des Geschäftsjahres 1925 aus. Ungeachtet dessen, daß 1,8 Millionen Gulden für Restame, hauptsächlich in Deutschland, ausgegeben wurden, um die Blauband-Margarine bei dem Publikum einzuführen, hat der Umsatz in Deutschland im vorletzten Jahre, um mit Worten des Berichtes zu sprechen, „die höchsten Erwartungen übertraffen“. Dementsprechend hat sich der Reingewinn von 1,9 Millionen Gulden im Jahre 1924 auf 2,6 Millionen Gulden gesteigert. An Dividende werden 1,9 Millionen Gulden oder 8 Prozent gegen 966 000 Gulden im Vorjahre ausgeschüttet. In Tochterunternehmen sind 43,8 Millionen Gulden festgelegt, davon 2,7 Millionen in Margarinfabriken, von denen alle Anteile dem Konzern gehören. Für Erweiterungen der Betriebe wurden im vorletzten Jahre 2,1 Millionen Gulden ausgegeben. Alles in allem hat sich für den Konzern Deutschland als die ausgiebigste Gewinnquelle erwiesen.

Programm der Reparationslieferungen nach Frankreich.

Das französische Ministerium der öffentlichen Arbeiten veröffentlicht lobes das Programm deutscher Reparationslieferungen für 1925 und 1927, wonach auf Grund der Neuordnung des Reparations-Systems Deutschland im Rahmen des Dawes-Abkommens öffentliche Arbeiten in Frankreich ausführen soll. Die Hauptpunkte dieses Programms sind: Einführung von Bremsvorrichtungen an den Güterwaggons, Ausbau der mittleren Dordogne, des Verbou und der Trugere für Wasserkraftanlagen, Ausbaggerung und Verbesserung der hauptsächlichsten Hafenanlagen für größere Tiefen und Verbesserung der Kanalanlagen, Vertiefung und Verbreiterung des Schiffsweges der Seine zwischen Paris und dem Meer und Verstärkung der Kanäle Nordfrankreichs. Ueber die ersten Kontrakte aus diesem Programm wird nach der „Aline“ bereits verhandelt.

Zunehmende Betriebseinschränkungen in der Baumwollindustrie. Die Produktionsstatistik der deutschen Baumwollindustrie für den Monat April hat ergeben, daß weniger als die Hälfte der Spinneln, Webstühle und Bebelungsmaschinen in Betrieb waren. Da die Absatzkrise mit unverminderter Schärfe anhält, haben die Betriebseinschränkungen seit Anfang Mai ständig größeren Umfang angenommen; zur Zeit sind etwa 150 000 Arbeiter der Industrie erwerbslos. Irgendwelche Kennzeichen eines nahe bevorstehenden Konjunkturaufschwungs sind nicht festzustellen.

Antlicher Berliner Schlachtwiehmart vom 26. Mai 1926

Kuflieb: Rinder 1675 (davon Bullen 488, Ochsen 295, Kühe u. Färlen 912), Kälber 1250, Schafe 6189, Schweine 8715, Bienen 17, Ausländische 73. Vreile: Bullen: A. 52-55, B. 48-50, C. 45-47, D. —, Ochsen: A. 55-58, B. 51-53, C. 46-48, D. 42-45, Kühe u. Färlen: A. 52-57, B. 42-47, C. 33-39, D. 26-30, E. 22-24, F. —, Kälber: A. —, B. 80-85, C. 70-76, D. 58-65, E. 50-55, Schafe: A. 57-62, B. 43-50, C. 30-38, Schweine: A. —, B. 79-80, C. 77-80, D. 75-78, E. 73-75, F. —, G. —, Bienen: 20-25, Treffer: 38-45, Saunen: 70-73.

Antliche Preise der Produktendörse.

Berlin.

Getreide per 1000 Kilo, samt per 100 Kilo, alles ab Station, Weizenmehl per 100 Kilo brutto (Roggenmehl per 100 Kilo) einlöslich, Saft frei Berlin Weizen in Reichsmark

| Produkte | 26. Mai | 25. Mai |
|--------------------|-------------|-------------|
| Weizen, märkischer | — | — |
| Roggen, märkischer | 176-181 | 176-181 |
| Gerste Sommer | 187-200 | 187-200 |
| „ Winter | 189-182 | 189-182 |
| „ Winter | — | — |
| Safer märkischer | 197-208 | 197-208 |
| Wais | — | — |
| Weizenmehl | 30,75-39,50 | 30,75-39,50 |
| Roggenmehl | 25,00-28,50 | 25,00-28,50 |

Jeder Zoll ein König.

Historische Erinnerungen zum Volkenscheid. Von Hans Otto Henel.

Wenn der Ausländer, der sich ein Urteil über die politische Reife der Deutschen bilden will, als Studienobjekt das Verhältnis der Bayern zum Hause Wittelsbach erwählt, muß er zu dem Urteil kommen: Die Deutschen sind im allgemeinen politisch unbelehrbar.

Der von 1825 bis 1848 regierende König Ludwig I. von Bayern war nicht ganz so frech wie seine Vorgänger und auch nicht so geistlos wie seine meist wahnwahnigen Nachfolger.

Ludwig bestieg den Thron mit keinem geringeren Ehrgeiz, als seine Väterthron Münden zu der künstlerischen Blüte des kaiserlichen Hofes zu erheben.

Auf Ludwig sind in München eine große Anzahl von Pracht- und Prunkbauten zurückzuführen. Man braucht gegen diese großartige Förderung des Schönen nichts einzuwenden, wenn sie nicht einer persönlichen Bauart ohne Rücksicht auf die soziale Lage entspringen und mit den schonungslos aus dem Volke geprechten Geldern finanziert worden wäre.

Über kümmerliche sich Ludwig denn wirklich um die seit 1818 in Bayern bestehende Verfassung? Es ist das Verdienst des demokratischen Abgeordneten Roth, nach der Abdankung des Königs im Jahre 1848 den großartigen Betrag ausgegeben zu haben, den Ludwig mit Staatsgeldern begeben hat.

Seit jeder haben die Naturforscher der eigenartigen Erscheinung ihre Aufmerksamkeit gewidmet, daß sich am Morgen in ganz bestimmter Reihenfolge einer nach dem anderen der gefiederten Sänger einstellen. So läßt sich der Sperling nicht vor der Kohlmeise vornehmen und diese wieder nicht vor der Amsel.

werden sie ihm nicht vergessen; das Liebesverhältnis zu der abenteuerten Tänzerin Lola Montez. Der Adel deshalb nicht, weil der König das fast legale Prinzip, keine Lustdamen aus den Kreisen des heimlichen Adels zu wählen, durchbrach, und der Bierbürger deshalb nicht, weil das „ausgesamte Mensch“ von der „Ameise“ und eine „Kinälerin“ war.

Ludwig war seit seinen jungen Tagen ein begeisterter Verehrer schöner Frauen gewesen. Seine Mäler mühten die von ihm als schön bezeichneten Frauen malen (das sogenannte Ludwig-Album zeigt sie heute noch und er schrieb gefühlvolle Gedichte dazu).

Es ist ein eigener Witz der Weltgeschichte, daß dieser König keine Regierung für damalige Verhältnisse recht liberal begann, dann keine Herrschaft zu einem Schützenregiment im Stile Petros ausbaute — man denke an den für politische Prozesse eingerichteten Plutokrat zu Landeshut! — und schließlich durch den runden Wulst einer Theaterdirne zum Tötel und damit weit für seine Erledigung wurde.

Deine Liebe ist mir die Sonne, Würde ich um dieselbe gebracht, Wäre mir dahin des Lebens Sonne, Mich umgeben würde finstere Nacht.

Eine hergelaufene Kennerin der amurischen Kuppelmeister in allen Hauptstädten Europas war mit einem Schläge zur Herzogin Bayerns geworden, weil der König weiches Wachs in ihren Händen war. Sie bestimmte die Ernennung von Offizieren und Beamten, begünstigte die Studenten des ihr ergebenen Korps Marckmannia, hörnte den König, wie es ihr beliebte — Ludwig war blind.

Bemerkenswert ist, daß der bairische Adel, der alle Lumpereien Ludwigs geduldet hatte, ihn in diesem Falle präzis. Sei es, weil er die Abenteuerin unter dem Titel einer Gräfin Landsfeld zum Mitglied des bairischen Adels gemacht hatte, sei es, weil der Adel von der elementaren Volkswut mit Verwünschungen zu werden fürchtete.

Konzertprogramm des Vogelgefanges.

Seit jeder haben die Naturforscher der eigenartigen Erscheinung ihre Aufmerksamkeit gewidmet, daß sich am Morgen in ganz bestimmter Reihenfolge einer nach dem anderen der gefiederten Sänger einstellen. So läßt sich der Sperling nicht vor der Kohlmeise vornehmen und diese wieder nicht vor der Amsel.

Aber auch bei diesen Beobachtungen ist die Frage nach der Reihenfolge im Frühgelang nach nicht befriedigend gelöst. Man muß sich immer wieder fragen: warum singt die Kohlmeise hinter der Amsel und nicht umgekehrt, und warum singt nicht ein anderer Vogel, beispielsweise das Rothschwänzchen, dazwischen?

machen. Nach Hantsch entspricht die Reihenfolge im großen und ganzen der Stellung der Vogelarten im System. So singen die höchstlebenden Sänger, wie Rothschwänzchen und Drosseln, am frühesten. Ihnen folgen die andern herunter bis zur Kohlmeise und dem aufdringlichen Wippen des Spahen. Der Beginn des Gelanges lehnt sich den Heftigkeitsverhältnissen an, doch ist bemerkenswert, daß das Mondlicht keinen Einfluß auf den Frühgelang hat.

Kleine Chronik.

Der Bundestag des Deutschen Arbeiter-Theaterbundes. Vom 22. bis 25. Mai fand in Hagen in Westfalen der 8. Bundestag des D.A.T.B. (Einget. Verein Sigh Leipzig) statt. Vor der eigentlichen Tagung hatte die Ortsgruppe Dortmund den Bundesvorstand aufgefordert, bei ihr einen Vortrag zu halten.

Aus den Berichten des Bundesvorstandes auf der Tagung in Hagen konnte man ersehen, daß mit dem trafensten Dilettantismus im vergangenen Geschäftsjahr ausgeräumt worden ist und daß die kommende Zeit in dieser Richtung weiter wirken muß.

Von den beiden Vorträgen, die auf der Tagung gehalten wurden, interessierte vor allem der des 2. Bundesvorstandes über die kommende Arbeit des Bundes auf Grund des Reichsbühnengesetzes. Der Referent führte aus, daß der Bund zwar den Kampf gegen die beschränkte Anhebung führen muß, seine Waffen müssen aber nicht Eingaben auf Eingaben, sondern die Arbeit sein, mit der den Behörden gezeigt werden muß, daß der D.A.T.B. nichts mit den Theaterklubs gemein hat.

Der zweite Vortrag, über proletarische Dichtungen, zeigte den Delegierten, was sie in ihren Ortsgruppen für Material zu ihrer Arbeit benutzen müssen. In den Aussprachen kam immer zum Ausdruck, daß nichts unversucht gelassen werden darf, um die gesamte Arbeiterklasse, d. h. Parteien und Gewerkschaften, Turn- und Sportvereine usw. für die Arbeit des Bundes zu gewinnen.

Ein Meisterwerk der Frührenaissance. Die in den Jahren 1302 bis 1310 geschaffene Marmoranzel von Giovanni Pisano, dem Sohn des ebenfalls als Bildhauer und Baumeister hervorgetragenen Niccolò P., die seit dem Brand des Doms von Pisa anno 1598 in ihre Teile zerlegt und nie wieder rekonstruiert war, ist erst jetzt neu zusammengestellt worden.

Ein internationales Komitee für Geschichtsforschung hat sich in Genf unter Teilnahme von Gelehrten aus 21 Staaten gebildet, um die Geschichtsforschung durch internationale Zusammenarbeit zu fördern. Das Komitee plant die Herausgabe eines Jahrbuchs mit einem Verzeichnis aller Geschichtswerte.

Neues Theater. Die Helden Hauptpartien in N. Strauß' „Aeneasnovel“, welches Werk diesen Freitag wieder in den Spielplan aufgenommen wird, sind mit Maria Janowska und Max Spilner von der Berliner Staatsoper als Gast besetzt.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 26. Mai.

Das gelbe Meer.

Während die Wiesen der Ebene und des Hügellandes mehr und mehr an Blumenreichtum verlieren, zeitigen die Grasflächen des Berglandes neben den eigentlichen Futterpflanzen noch eine große Zahl von Gewächsen, die ihnen einen ganz eigenartigen Charakter geben. Es sind dies die Bergkräuter und Bergblumen. Einige von diesen machen das Heu hart, aber die meisten tragen dazu bei, dem Vieh die so kräftigen Düst zu geben, der es vor dem Falten auszeichnet. Daneben geben diese Kräuter zum Teil die Wiesen die Färbepflanze, die im Frühsommer immer wieder so viele ins Gebirge zieht. Am bekanntesten dürfte wohl das Gelb der Trollblume (Trollius europaeus) sein, dieser großen Fahnenfahnenart, die jetzt wieder beginnt, ihre kugelig geschlossenen Blüten zu zeigen. Manche Wiesen gleichen in der Blütezeit einem einzigen gelben Meer, so dicht steht diese Charakterpflanze unserer Bergwiesen. Es mag bei dieser Häufigkeit merkwürdig anmuten, daß diese Pflanze mit zu den 18 in Sachsen geschätzten Arten zählt. Aber neben Bergwohlverleih (Arnica) ist sie allein als häufige Pflanze unter Schutz gestellt worden, und zwar nicht, um die einzelne Pflanze zu schützen, sondern um einer Gegend den ursprünglichen Charakter zu erhalten, den sie verlieren wird, wenn eine in ihr häufige Pflanze so reduziert wird, daß diese nur noch als Einzelerscheinung auftritt. Also nicht eigentlich Pflanzenschutz wird hier getrieben, sondern eher Landschaftsschutz. In einigen Gebieten Sachsens war es bereits so weit gekommen, daß die Trollblume trotz ursprünglicher Häufigkeit als ausgerottet zu gelten hatte. Seit 3 Jahren wird der Pflanzenschutz bewußt durchgeführt, seit nunmehr 4 Jahren besteht die Schutzverordnung. Immer größer ist in der verhältnismäßig kurzen Zeit die Schutzgemeinde geworden.

Bürgerlicher Kampf gegen die Straßenbahn.

Der Rat der Stadt hat gegen den Beschluß der Stadtverordneten, den Preis für die Vierfahrkarten auf 60 Pfg. zu belassen, Einspruch erhoben. Er betont in der Begründung seines Standpunkts, daß die Monatsabkässe der Straßenbahn seit mehr als einem Jahre Betriebsverluste aufweisen, weil die Wiederherstellung der Wagen sowohl wie des Ober- und Unterbaues der Anlagen, die in den Notjahren der Kriegs- und Nachkriegszeit heruntergewirtschaftet wurden, vorherhand noch ungewöhnlich große Ausgaben erfordert. Wenn dieser Verlust nicht unverzüglich durch eine Erhöhung des Straßenbahnpreises beseitigt werde, seien ausreichende Mittel zur laufenden Unterhaltung der gesamten Bahnanlagen und des Wagenparks künftig nicht mehr vorhanden. Die Stadtverwaltung stehe dann vor der Notwendigkeit, die erforderlichen Beträge aus allgemeinen städtischen Mitteln aufzubringen, auf die Weise also die Gesamtheit der Steuerzahler zu belasten. Dies aber bedeute für die Gemeinde um deswillen einen schweren Nachteil, weil nach allgemeinem öffentlichen Verwaltungsgesetz und nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften die städtische Straßenbahn nach wirtschaftlichen Grundsätzen als ein Unternehmen zu betreiben ist, das sich mindestens selbst trägt.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten, das Sprachrohr der Saboteure des Regierbetriebs, begleiten die Befragung des Einspruchs mit der Drohung, daß der Rat nur Aussicht auf Erhöhung des Vierfahrkartenpreises habe, wenn er zugleich eine grundlegende Herabsetzung des gesamten Tarifs vornehme. Mit andern Worten: Die Arbeiterkarten sollen veräuert werden. Heuchlerisch wird behauptet, die Arbeiter — die U. N. N. schreiben: „Die Masse“ — würden unter Selbstkostenpreis befördert. Man könne es nicht verantworten, daß das daraus entstehende Defizit von dem übrigen Teil der Fahrgäste gedeckt würde. Sider sind die Forderungen, die die Arbeiter zur Arbeitsstätte und zurückführen, nicht die unrentablen. Wenn die Wagenzüge vollgepackt sind bis auf den letzten Platz, Gänge und Plattformen vollgedrückt, so ist kaum die Frage der Fahrgäste einen Platz finden, rentieren sich die Fahrgäste auch bei niedrigen Preisen. Überall erhalten die Dauerbenutzer einer Einrichtung, sei es Eisenbahn, Straßenbahn, Theater oder was sonst beträchtliche Rabatte. Man denke nur an die Monatskarten oder an die Arbeiterwochenkarten der Eisenbahn. Eine solche Arbeiterwochenkarte für eine Strecke bis 30 Kilometer kostet 3.60 M., während eine einfache Fahrt vierer Klasse für eine gleiche Entfernung 1 M. kostet. Diese Arbeiterwochenkarte kann täglich zu beliebig vielen Fahrten zwischen Arbeits- und Wohnort benutzt werden. Nehmen wir an, ein Arbeiter benutze sie täglich nur zu einer Hin- und einer Rückfahrt. Der reguläre Preis für solche Fahrten — 12 Fahrten die Woche — wäre 12 M. Die Arbeiterwochenkarte der Reichsbahn kostet mithin nur 30 Prozent normalen Preises. Die Straßenbahn aber erhält bei einem Wochenkartenpreis von 1.85 M. für täglich zweimalige Straßenbahnbenutzung gegenüber 2.40 M. für zwölf Fahrten nach dem allgemeinen Tarif, nur 50 Prozent. Dazu kommt, daß diese Wochenkarten von der Straßenbahn nicht nur an Arbeiter, sondern an jedermann vertriebt werden, also jeder täglich die Bahn benutzende Fahrgast sie erhalten kann. Trotzdem machen die auf Wochenkarten gemachten Fahrten nur 14 bis 15 Prozent der gesamten Fahrten aus. Es ist also nichts weiter als Kruppelsteife Demagogie, wenn behauptet wird, mit einer Erhöhung der Wochenkarten ließe sich das Defizit der Straßenbahn decken. Aber die Kommunisten, die bisher stets die arbeitler- und regierungsfürderliche Politik der Wirtschaftspolitischen Vereinigung empfohlen haben, mögen daran erwägen, wozu sie die Fahrt geht, wenn sie weiter der Straßenbahn verweigern, was sie zu ihrer Erhaltung notwendig gebraucht. Statt der Arbeiterkarte zu dienen, wird die weitere Verweigerung des 70-Prozent-Preises für die Vierfahrkarten die Vorteile der Wochenkarten beseitigen und somit die Arbeiter nicht unbedeutlich schädigen.

Demonstriert für die Republik.

Der Hauptinhalt der Verfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“ wird allmählich lebendige Wirklichkeit. Als ein Glied der Volksherrschaft, die endlich auch in Deutschland das Gottesgnadentum abgelegt hat, fühlt sich auch der Stumpfste bei den Wahlen, beim Volksentscheid, bei der Weisung und bei den Aufmärschen des Reichsbanners. Unwiderstehlich ergreift bei jeder Demonstration Teilnehmer und Zuschauer der Rhythmus des Massenwillens, der bewußt einem stillen Ziele zustrebt. Wehende Banner und marschierende Kolonnen sind eine symbolische Verkörperung des mündig gewordenen Volkes, das seine Macht begriffen hat. In diesem Sinne mag man den „Kampf der Fahnen“ auffassen, der heute jeden Sonntag in irgendeinem Orte, meist aber an vielen Punkten zugleich zwischen Reichsbanner und Stahlhelm ausgetragen wird. Man stellt keine Kräfte öffentlich zur Schau, und heute gehört die Straße, die vor zwei Jahren von der Rechten beherrscht wurde, offensichtlich der Linken. In Leipzig ist das noch nicht offen klar geworden. Hier wirkt noch der Stahlhelms des Vorjahres nach. Zwar brachten damals die ewig Gefügten nicht die renommiert angelegten 100.000 Mann, aber doch immerhin erhebliche Massen nach der Weisung, die im Mittelpunkt Deutschlands liegt und von allen Seiten leicht zu erreichen ist. Der

prophetische Aufzug der Reaktion hat damals zwar nicht die bewußten und bewährten Kämpfer, aber doch viele Halbe und Schwächere eingeschüchtert. Den leicht Verzagenden hat erst der Ausbruch des Volksbegehrens den Rücken wieder gestützt; der Volksentscheid am 20. Juni wird es noch mehr tun. Er wird den gerechten Sieg des Volkes bringen, das sich nicht länger willig ausplündern läßt von denen, die einen großen Teil Schuld an seinem Elend tragen. Der Volksentscheid geht voran; er ist die Tat; ihr folgt die Siegesfeier. Zu einer solchen muß sich der Mitteldeutsche Republikantische Tag am 3. und 4. Juli in Leipzig gestalten. Er wird mindestens 60.000, hoffentlich aber sehr viel mehr Reichsbannerleute im gästlichen Leipzig versammeln. Der wichtigste Schritt der republikanischen Bataillone wird durch die Straßenbrücken; der mächtige Augustusplatz wird mit schwarzgoldenen Fahnen überdeckt sein, und die Nachmittagschwarzweißroten werden bekümmert ahnen, daß ihre Sache endgültig verloren ist. Jeder muß zum Gelingen dieser Kundendemonstration beitragen: Der Leipziger durch den republikanischen Schmuck seiner Fenster und die freundliche Aufnahme der herbeiströmenden Freiheitkämpfer, jeder seiner Wohnende durch sein Kommen. Eilt nach Leipzig, Republikant! Pflanz eure Fahne im Herzen Deutschlands auf.

Lohn, Miete und Wohnungskultur.

Es ist gerade ein halbes Jahrhundert her, daß der Leiter des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin, Schwabe, auf die Beziehungen zwischen Einkommen und Miete hingewiesen hat. Seitdem ist diese Erkenntnis allgemein anerkannt. Untersuchungen, die in den verschiedensten Städten vorgenommen wurden, haben ergeben, daß der Anteil des Einkommens, der für die Miete gebraucht wird, bei den niedrigsten Einkommen am höchsten ist und daß dieser Anteil der Miete am Einkommen sinkt, je größer das Einkommen ist. Damit ist das Proletariat in seinem Wohnen wirtschaftlich weit aus am ungünstigsten gestellt. Es opfert einen viel größeren Teil von seinem Einkommen als der wohlhabende Mann, und doch hat der Proletarier für dieses sein Opfer eine viel geringere Wohnungskultur als der sozial besser gestellte Mensch.

Es ist bekannt, daß die Löhne in den Jahrzehnten seit dem Kriege 1870 wesentlich gestiegen sind. Aber die Statistik hat in Hamburg A. B. erwiesen, daß der Anteil der von diesem Einkommen an Miete zu zahlen ist, von 18,8 Prozent auf 21,6 Prozent stieg. Was hat da die Erhöhung des Lohnes im Wohnungswesen genützt, wenn der Erhöhung des Lohnes eine gleiche Erhöhung der Mieten folgte, ohne daß die Wohnungen dafür auch nur um das geringste besser geworden sind?

Berlin zählt in allen Berufsgruppen die höchsten Löhne und doch sind die Wohnungsverhältnisse in Berlin schlechter als sonst überall. In dieser Stadt mit den höheren Lohnsätzen hatten 1910 nur 26 Prozent der Wohnungen vier und mehr Wohnräume, während Hannover z. B. 80 Prozent aufwies. Starker als die Macht des höheren Lohnes ist die Profitgier, ist der Bodenwucher, der die Anspruchlosigkeit des Proletariats ausnützt. Die Hinterhäuser, die Keller- und Dachwohnungen, die Ueberfüllung der Zinshäuser, das alles mußte nicht in diesem Maße sein! In England, Belgien, Holland, Amerika, überall wurde das Wohnungswesen anders. Da verlangte der Arbeiter etwas für seinen Lohn. Da stellte er Ansprüche an seine Wohnung, und da bekam er bessere Wohnungen. Nirgends sind die Wohnungsverhältnisse im ganzen so schlecht wie in Deutschland, wo der Arbeiter wohnt mit der „verdammten Bodenlosigkeit“, die schon Lassalle geißelt hat.

Es genügt nicht, sich nur mit den Mietpreisen immer wieder zu beschäftigen. Wir müssen lernen, das Wohnungswesen von höherer Warte zu betrachten. Welche Schichten haben keine Wohnung, daß hier ein großes Problem keiner praktischen Lösung harret. Es kommt darauf an, für den Mietpreis eine gute Wohnung zu bekommen, die den modernen hygienisch und kulturellen Anforderungen entspricht. Und da gibt es neben der Befreiung der alten Viertel den modernen Städtebaugesandten, die Ausdehnung der Stadt in die Breite mittels Flachbaus. Das ist eine Aufgabe von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft, deren Erfüllung das Proletariat selbst in die Hand nehmen muß durch Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses in den Städten, durch Eintritt in die Bau-genossenschaften, die den Kleinhausbau praktisch vertreten, und durch unablässige Erweiterungen des kommunalpolitischen Blicks.

Der moderne Städtebaugesandte darf nicht eine Idee von einigen Architekten und Technikern sein. Er muß Volksgebäude werden, damit er sich durchsetzen kann. Und aus dieser Aufgabe heraus wächst dann auch der Sinn für die Kultur, die Wohnen bedeutet. Und aus dieser Aufgabe heraus werden dann auch Lohn und Miete in harmonischem Verhältnis stehen zueinander und zur Kultur.

Kommunisten und Maiseier.

Von führender kommunistischer Seite ist behauptet worden, daß SPD. und KPD. anteilig die Kosten für die Benutzung des Mägdelandes getragen hätten und deshalb den Kommunisten der Zutritt auch mit der Maiseierkarte der KPD. gestattet werden mußte. Eine solche Behauptung ist auch in einer kommunistischen Mitgliederverammlung des Ostens in der Woche vor der Maiseier aufgestellt worden. Wir stellen demgegenüber fest, daß die kommunistische Partei auch nicht einen Pfennig zur Maiseier beigetragen hat und daß jeder ein Eigentümer ist, der das Gegenteil behauptet hat oder noch behaupten sollte. Das Malomite.

Das Alte stirzt.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte kürzlich ein hiesiges Blatt einen Artikel, in dem ausgeführt wurde, daß die beiden Grundstücke Rantstädter Steinweg 8 und 10, in denen sich das Gasthaus „Goldene Laute“ befindet, abgetrieben werden und einem gesellschaftlichen Neubau der „Großgarage Goldene Laute“ Platz machen sollten. Es wurde weiter berichtet, daß die Bewohner dieser Grundstücke trotz wärtigen diese alten Wanzennester verlassen zu können. Am 31. Mai würden diese Mieter ihre neuen Wohnungen bezogen haben, und es könnte mit dem Abbruch begonnen werden.

Wie liegen denn nun die Dinge in Wirklichkeit? Am 1. März wurde den Mietern der betreffenden Grundstücke gekündigt mit der Maßgabe, daß die Kündigung ab 1. April laufe und es wurde ihnen 100 Mark Entschädigung und freier Umzug zugesichert. Sie müßten erklären, daß sie die Wohnungen unter den gegebenen Bedingungen räumen.

Die Ersatzwohnungen würden ihnen vom städtischen Wohnungsnachweis zugewiesen. Diese Erklärungen sind auch abgegeben worden. Am 19. März haben nun sämtliche Mieter vom Amtsgericht eine Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses zugelassen bekommen. Bei der Verhandlung mußte diese Erklärung nochmals mündlich abgegeben werden, nur mit dem Unterschied, daß die 100 Mark Entschädigung wegfielen. Einige Mieter haben sich das gefallen lassen, andere haben sich diese Forderung von 100 Mark vorbehalten. Am 29. April befaßten nun die Mieter ein neues Schreiben von der „Großgarage Goldene Laute“, worin erklärt wurde, daß die Kündigung am 30. April ablaufe. Ein Vertreter vom Wohnungsamte würde jeden Tag im Grundstück anwesend sein und die Wohnungen zuweisen. Die Mieter sollten sich also täglich zu einer bestimmten Zeit dort einfinden. Sollten einige Mieter Schwierigkeiten machen, so wäre die Gesellschaft gezwungen, ab 15. Mai Zwangsrummung zu beantragen. Seit 1. Mai also bemühen sich die Mieter täglich um eine Wohnung. Sie laufen oder fahren von einem Hausbesitzer zum andern, um endlich eine andere Wohnung zu bekommen. Einige Hausbesitzer verweigern überhaupt eine Beichtigung der zugewiesenen Wohnungen, wenn sie erfahren, wo die Leute zuletzt gewohnt haben, andere wieder machen irgendwelche Ausflüchte, um die Mieter loszuwerden, als wenn nur Verbrecher in der „Goldenen Laute“ wohnten. Was sich da schon für Szenen mit dem Vertreter des Wohnungsamtes

abgespielt haben, spaltet jeder Beschreibung, trotzdem der Beamte nichts dafür kann. Wenn der Rat der Stadt Leipzig keine Zustimmung zum Abbruch von Wohngrundstücken gibt, so hat er auch dafür zu sorgen, daß entsprechende Ersatzwohnungen vorhanden sind, und zwar menschenwürdige, denn man bekommt auch manchmal schlechtere Wohnungen als die letzten zugewiesen. Vielleicht kommt es noch so weit, daß diejenigen Mieter, die zum 31. Mai noch keine Wohnung bekommen haben, einfach auf die Straße gestellt werden.

Kriegsopfer und Volksentscheid.

Der Bund erblindeter Krieger, Kreisgruppe Leipzig, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw., Ortsgruppe Leipzig, der Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Leipzig, erlassen einen Mahnruf an die Kriegsopfer, in denen es heißt: Wenn es den Kriegsopfern im allgemeinen nicht möglich ist, allein, wie die Berufsorganisationen der gefunden Arbeiter, durch Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ihre berechtigten Forderungen auf wirtschaftliche Sicherstellung zu erkämpfen, so müssen die Kriegsopfer aber alles ausnützen, was ihnen die Möglichkeit bietet zu besserer Versorgung und Fürsorge.

Eine einfache Pflicht als Staatsbürger erfüllend, durch Abgabe der Stimme beim Volksentscheid, wird es den Kriegsopfern einmal ganz besonders leicht gemacht, für ihre Besserstellung erfolgreich einzutreten. Sei einem mit Erfolg durchgeführten Volksentscheid bringt das Gesetz zur Entzignung der Fürsten den Kriegsopfern eine wesentliche Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage in verhältnismäßig jungen Jahren. Jedes einzelne Kriegsopfer kann bei dieser Gelegenheit den ausgewählten Kampf der Organisationen ganz gewaltig unterstützen durch Stimmabgabe für entzignungsgelose Entzignung der Fürsten. Diese Antwort muß jedes einzelne Kriegsopfer geben auf die geradezu schmerzhafteste letzte Rentenerhöhung, die einen ganzen Pfennig pro Mark Zulage brachte, während auf der anderen Seite Tausende von Millionen Mark für abgekannte Fürsten und ihren Anhang ausgegeben werden sollen.

Kriegsopfer, vergeßt in dieser Stunde nicht, durch wen und wofür ihr all euer Leid ertragen müßet und Opfer an Gut und Blut gebracht habt! Gebt die richtige Antwort am 20. Juni und stimmt geschlossen und einig mit Ja! für die entzignungsgelose Fürstentzignung.

Krieger verurteile die Wahl!
Alle an die Wähler!
Gegen Fürstenabfindung!
Für entzignungsgelose Entzignung!

Falsche Reichsbanknoten über 20 Reichsmark.

Von den in Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über zwanzig Reichsmark mit dem Datum des 11. Oktober 1924 ist neuerdings eine Fälschung festgestellt worden, die an nachstehend aufgeführten hauptsächlichsten Merkmalen zu erkennen ist: Papier: Aus zwei zusammengefühten Blättern, einem kräftigeren, gelblich getönten Grundblatt und einem hauchartigen Deckblatt bestehend, mit dazwischengelegten falschen Fasern. Wasserzeichen: In der Durchsicht mit auffallend kräftiger verflochtenem Zeichnung zu sehen. Auf dem Streifen der Blindprägung — Vorderseite der Note, rechts — schimmert der falsche Wasserzeichenrand rötlich durch das dünne Deckblatt. Blindprägung: Schwächer geprägt. Im Kontrollstempel ist die kleine Mittelziffer fast unklarbar. Vorderseite: Im Worte „Berlin“ des Ausfertigungsdatums sind die beiden Buchstaben „in“ oben nicht getrennt, sondern in Form eines „m“ verbunden wiedergegeben. Vor Annahme dieser Fälschung wird gewarnt. Für die Aufhebung der Fälschungserkenntnis und die dazugehörigen Angaben hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 3000 RM. ausgesetzt. Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt für Groß-Berlin Kriminalkommissar v. Liebermann, Kurfr. 49, 111, Anruf: Merkur 3789, entgegen; für alle anderen Orte sind die örtlichen Polizeibehörden zuständig.

Quartiere zum Republikanischen Tag in Leipzig.

Ortsleiter — Thonberg — Probstheide. Erfreulicherweise sind aus obigen Ortsteilen eine große Anzahl Freiwohnungen zum Mitteldeutschen Republikanischen Tag am 3. und 4. Juli bereits zur Verfügung gestellt worden. Es reicht aber trotzdem noch nicht aus, um alle nach Leipzig kommenden Republikaner, die für diese Ortsteile bestimmt sind, unterzubringen. Es werden deshalb am kommenden Sonnabend, Sonntag und Montag erneut die Reichsbannerkameraden des Südoftens bei der Bevölkerung um Quartiere nachfragen. Wir bitten die Kameraden durch Bereitstellung von Quartieren zu unterstützen, oder solche bei der Gauleitung Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 angeben zu wollen. Gauleitung Leipzig.

2. volkstümliches Sinfonie-Konzert, Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr im Albertgarten. Eintrittspreis 50 Pfg. Karten sind noch in allen Verkaufsstellen des Ostbezirks und im A. V. zu haben. 3. Konzert, Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saal der Goldenen Krone, Connewitz. Programm für beide Konzerte: Haydn — Mozart — Beethoven. Zur Vorstellung Julius Cäsar, heute abend 8 Uhr, im Alten Theater, sind noch Karten am Eingang zu haben. Für die Oper Margarethe, am Montag, dem 31. Mai, abends 7 Uhr, im Neuen Theater, gibt es noch Karten in allen Verkaufsstellen.

Arbeitslosenschule. In der Woche vom 14. bis 19. Juni soll im Volkshochschulheim Hohe Straße 36 eine Heimischulwoche für erwerbslose Mädchen im Alter von 18—25 Jahren stattfinden. Es können 8 Mädchen zu gemeinsamem Unterricht und gemeinsamem Leben Aufnahme finden. Beitragen und Decken sind mitzubringen. Volle Verpflegung im Heim. Jede Teilnehmerin hat für Verpflegung und Unterkunft drei Mark für die Woche zu zahlen, andere Kosten entstehen nicht. Die Arbeitslosenunterstützung läuft weiter. Der Unterricht wird, zumeist praktisch, behandelt: Gesundheit (Gymnastik, Körper-, Atmen-, Säuglingspflege), Hauslichkeit (Wohnung, Gerät, Kleidung), Erziehungsfragen (Säugling, Kleinkind, Schulkind, Keilzeit), Frauenfragen. — Leitung: Frau Margarete Seifert. Persönliche Anmeldung ist erforderlich. Sie kann am Montag, 7. Juni, Mittwoch, 9. Juni, Freitag, 11. Juni, von 11—1 Uhr, im Volkshochschulheim Hohe Straße 36, I. links, erfolgen.

Erwerbslose, die bei der Invaliden- oder Angehörtenversicherung versichert gewesen sind, und deren Anwartschaft auf die Versicherung infolge längerer Erwerbslosigkeit zu verfallen droht, können beim städtischen Arbeitsamt II die Zahlung der zur Anwartschaft notwendigen Beiträge beantragen. Bei der Antragstellung ist die Invaliden- oder Angehörtenversicherungsart vorzulegen.

Nächtliche Chöre. Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Gartenjause des Volkshauses findet gemeinsame Probe zum „Serafines“ statt.

Das amerikanische Konsulat in Leipzig, Otto-Schill-Straße 1, ist am Montag, dem 31. Mai, wegen amerikanischen Feiertags (Decoration-day) geschlossen.

Das Naturkundliche Heimatmuseum am Fleischerplatz (Eingang Lohngäßchen 3) eröffnet am Sonntag 10.30 Uhr eine vorgeschichtliche Ausstellung: Das Steinwerkzeug der älteren Steinzeit als älteste Kulturform und seine Entwicklung (A. Braune). — In der Schauvitrine sind von Sonntag an eine Woche lang lebende heimatische Tiere ausgestellt: Die Frösche und Kröten unserer Heimat und ihre Bedeutung für den Haushalt der Natur (B. Wichant). — Folgende Vogelstimmenführungen finden statt:

Wo ruft die Pflicht?

Stadtverordneten-Fraktion.

Freitag, abends 8 Uhr: Fraktionsitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 2.

Funktionäre.

Döllitz-Döfen. Heute Donnerstag, 8 Uhr, im Park Döllitz. Keiner darf fehlen bei der wichtigen Tagesordnung.

Zwenkau. Montag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, in der Sommerkult Sitzung aller Funktionäre, Elternräte und Stadtverordneten.

Wlaawitz-Lindenaus-Schlesia. Morgen Freitag, 1/8 Uhr, wichtige Sitzung im gelben Saale des Helfentellers. Keine Genossin und kein Genosse darf unentschuldig fehlen.

Schönefeld. Morgen Freitag, abends 8 Uhr in der Börse, Stettiner Straße 32, wichtige Fraktions-Sitzung. Es müssen alle erscheinen, die bei der Durchführung des Volksentscheides helfen wollen.

Frauen.

Gohlis. Dienstag, den 1. Juni, 8 Uhr, im Rifau-Ausflucht Gesellschaftsabend.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Kinderchor vom Osten und Westen. Freitag früh 9 Uhr im WS, zur Chorübung und gemeinsamen Besprechung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Wiederisch. Sonnabend, den 29. Mai 1926, im Restaurant zur Erholung Mitgliederzusammenkunft. Vortrag des Kameraden Werther. Anschließend gefälliges Beisammensein. Die Lindenbäcker Kameraden und die Angehörigen der Kameraden sind herzlich eingeladen.

Mitglieder-Veranstaltungen

Marktkebern. Freitag, den 28. Mai 1926 abends 8 Uhr, im Gasthof Wöcker Monatsversammlung. Genosse Frenzel spricht über: Wirtschaftskrise und Arbeiterklasse.

Sonnabend, den 29. Mai, abends 8.30 Uhr von der Endstation Gunders (P. Leonhardt), Sonntag, den 30. Mai, früh 6.30 Uhr, vom Eisfelder-Connewitz aus (F. Reuschke) und 7 Uhr vom Stannochinplatz-Schönefeld aus (H. Gerber).

Arbeiterkassen, Elternräte, seid gewarnt! In den L. R. N. vom 17. Mai (Sportbericht Völschena-Leipzig) ist zu lesen: „Am gleichen Augenblicke muß auch des Erfolges der 57. Volksschule im Bewerb der Schulen gedacht werden. Es wird der Schulleitung eine besondere Genugtuung sein, als erste in der Siegerliste der Volksschulen beim Leipziger Großstadtläuf zu erscheinen.“ Unter Ergebnis ist zu lesen: „Gruppe D 4 Schulen: 1. 57. Volksschule, 10:17; 2. 58. Volksschule; 3. 12. Volksschule; 4. 38. Volksschule.“

Obige Tatsache gibt Veranlassung, ein äußerst wachsamem Auge auf die Schulen zu richten, zumal die Beobachtung gemacht worden ist, daß geschlossene Schulklassen mit ihren Lehrern aus verschiedenen Richtungen kamen, um als Spalierbildner und Zuschauer der Veranstaltung beizuwohnen. Wenn wir auch die sportliche Erleichterung unserer Jugend begrüßen, müssen wir doch energisch dagegen protestieren, daß unsere Kinder als Staffage bei Werbeveranstaltungen bürgerlicher Sportverbände mißbraucht werden. Wir müssen uns dagegen verwahren, daß in den Schulen eine derartige einseitige Propaganda für die Deutsche Turnerschaft und sonstige bürgerliche Sportverbände getrieben wird. Nicht der proletarischen Eltern und Elternräte ist es nun, nach dem Grundsatz: „Gleiches Recht für alle!“ die Forderung zu erheben, die Veranstaltungen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in den Schulen in gleicher Weise zu propagieren. Die nationalistische Turnerschaft läßt hierbei zwar etwas in Verlegenheit, doch das kann uns nicht kümmern. R.N.T. An.

Verwaltungsänderung Verkehrsabgaben-Salzburg. Zur Fahrt von Verkehrsabgaben nach Salzburg ist die Lösung der Zulasskarte A und beim Ausverkauf dieser Zulasskarte die Lösung einer Fahrkarte Verkehrsabgaben-Salzburg über Freilassung nötig. Die in vielen Fällen unterlassene Lösung dieser Zulass- bzw. Fahrkarte führt nachzuweisen, ist unbedingt erforderlich. Die Ausgabe von Verkehrsabgabenkarten (Zulasskarte F) wird am Donnerstagnachmittag 6 Uhr geschlossen. Weitere Unterkunftsleistungen besteht jedoch nach Wunsch der Verkehrsvereine an den Zielorten.

Polizeinachtichten

Die Leiche auf dem Bahndamm. Am 25. Mai, abends gegen 11 Uhr, ist auf dem Bahndamm am Marienweg bei der Eisenbahnbrücke über das Eisenbahnhilf der Linie Leipzig-Leubus die Leiche eines etwa 35 Jahre alten Mannes aufgefunden worden. Man vermutet einen Unfallsfall. Infolge des Hochwassers sind gegenwärtig die Wege durch das sonst trockene Flußbett nicht gangbar weshalb von vielen Passanten trotz Verbots das Bahngelände und die Eisenbahnbrücke als Uebergang benutzt wird. Der Getötete hat wahrscheinlich die Brücke von der Burgau aus überschritten gehabt, als er auch schon vom Eisenbahnzuge erfasst und tödlich verletzt worden ist. Der Tote ist 1,68 bis 1,70 Meter groß, breitschultrig, schlank aber kräftig, hat langes, dunkelbraunes Haar, ist bartlos. Er hat eine große gebogene Nase. Seine Hände sind auffallend hart und gut geformt. Befleckt ist er mit gelbbraunem Sommerüberzieher, schwarzem Tuchrock, schwarzer Weste, orangegefarbter Hölle braunem weichen Filzhut mit den eingelohten Buchstaben E. Z. im Schweißblech. Auch sein weißes Taschentuch trägt dieselben Buchstaben. Mitteilungen zur Sache erbittet schnellstens die Kriminalabteilung.

Motorradfahrer verunglückt. Am 18. Mai, kurz nach 6 Uhr ist in der Thomasturstraße, Nähe Völschstraße, ein Motorradfahrer mit seinem Beifahrer verunglückt. Ersterer erlitt einen Bruch des Halses, während letzterer mit weniger schweren Verletzungen davonkam. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei ist der Unfall durch einen Unbekannten herbeigeführt worden, der, ohne auf seine Umgebung zu achten, dem Motorradfahrer in sein Rad hineingelaufen ist. Auch er kam bei dem Zusammenstoß zu Falle, erholte sich aber schnell, um eiligst nach der Völschstraße in der Richtung Fleischerplatz davonzulaufen. Es sollen mehrere Straßensperren wegen des Unfalles gewesen sein, von denen einige lagten, der Mann, der den Unfall verschuldet habe, sei taubstumme gewesen. Die Kriminalabteilung bittet Zeugen, die in der Sache bestimmte Angaben zu machen vermögen, sich baldigst bei ihr zu melden.

Gasvergiftung. Am 26. Mai früh in der 6 Stunde fand in der Könnertstraße eine Untermieterin die Wohnungsinhaber, zwei ältere Leute, betäubungslos totfindend in dem mit Gas gefüllten Schlafrum vor. Die sofort hinzugerufenen Sanitätsbeamten nahmen mit dem Gaseerstickungsapparat Wiederbelebungsvorkehrungen vor, die von Erfolg gekrönt waren. Die beiden Verunglückten wurden danach nach dem Krankenhaus St. Georgs gebracht, wo aber, wie inamischen bekannt geworden ist, der Mann, ein 68-jähriger Arbeiter an den Folgen der Gasvergiftung gestorben ist. Es liegt ohne Zweifel Unfallsfall vor. Auch hier befinden sich an der Gasanlage zwei Leuchten zum Öffnen und Schließen des Abflughahnes, von denen das den Hahn schließende nicht völlig heruntergezogen war. Die Lampe war verloscht. Es strömte aber immer noch genügend Gas aus, um den Unfall zu veranlassen.

Sächsische Angelegenheiten

Kommunistischer Gehirnschleifer.

Die Kommunisten haben bisher in ihrer demagogischen Art versucht, den sächsischen Parteikonflikt für die kommunistischen Interessen auszunutzen. Nachdem nun die Dreißigwanziger offen zur Parteipaltung übergegangen sind, ist den Kommunisten das Konzept verfallen. Die Dreißigwanziger sind nicht mehr Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, ihre Handlungen belasten die Partei nicht mehr, so daß den Kommunisten eine willkommene Gelegenheit, auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, verlorengegangen ist. Aus dieser Verlegenheit suchen sich nun die Kommunisten durch neue Lügen zu helfen. Am 21. Mai verkündete der kommunistische Kämpfer mit dreißigjähriger jünger Ueberchrift: „Komplotz der 23 mit dem Parteivorstand.“ Dem vier Spalten langen Artikel schickte der Kämpfer folgende Bemerkung der Redaktion voraus:

„Die 23 Rechten haben endgültig beschlossen, das Schiedsgerichtsverfahren, bei dem der Parteivorstand ein entscheidendes Wort mitzusprechen hätte, nicht in Anspruch zu nehmen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß ein solches Schiedsgericht die 23 nicht ausgeschlossen hätte. Um nun die Empörung, die ein solches Urteil innerhalb der sächsischen Arbeiterklasse mit sich bringen müßte, zu vermeiden, hat der Parteivorstand eine Abmachung mit den 23 Rechten getroffen, damit diese das Schiedsgericht nicht in Anspruch nehmen. Die 23 haben deshalb in der nächsten Zeit außerhalb des Rahmens der SPD und versuchen von dort aus ihre Organisation aufzubauen, um dann dem Parteivorstand nach Verlauf einer gewissen Zeit eine koalitionsfreundliche Organisation als Morgengabe zu überreichen. Der nachfolgende Artikel ist von einem langjährigen Mitglied der SPD, geschrieben worden, der intimste Kenntnis aller sächsischen Vorgänge besitzt. Obwohl er heute noch organisatorisch zur SPD gehört, hat er sich der kommunistischen Partei genähert.“

Die Redaktion.

Als der Kämpfer die blöde Lüge von der Abmachung des Parteivorstandes mit den 23 veröffentlichte, lag bereits die Erklärung des Parteivorstandes zum Sachkonflikt vom 21. Mai 1926 vor, die von der sozialistischen Parteipresse am 22. Mai veröffentlicht wurde. Die Erklärung des Parteivorstandes ist die Kämpfermeldung Lüge. Der Parteivorstand stellt mit aller Deutlichkeit fest, daß die 23 rechtskräftig aus der Partei ausgeschlossen worden sind, er kennzeichnet das unehrliche Spiel, das die 23 getrieben haben und warnt die Gesamtpartei vor dem Treiben der 23.

Was machten nun die Kommunisten aus diesem Tatbestand? Am 23. Mai bringt der Kämpfer einen Leitartikel mit der Ueberchrift: „Freie Bahn für die 23.“, den die SWZ am 26. Mai nachdruckt. In diesem Artikel behauptet der Kämpfer, den 23 werde vom Parteivorstand kein politischer Vorwurf gemacht.

„Dagegen fordert der Parteivorstand nunmehr von den linken Führern, daß sie den Rechten in jeder Beziehung völlig freien Spielraum geben, er verlangt, daß die rechte Politik des Parteivorstandes in Sachen peinlich genug durchgeführt wird. Den freiwilligen Verzicht der 23 auf Annulierung des Ausschlusses benützt also der Parteivorstand, um gegen die oppositionellen sächsischen Arbeiter zur Offensive überzugehen.“

Soviel Worte, soviel Lügen! Wie dumm muß der Kämpfer seine Leser einschätzen, daß er ihnen diesen Gehirnschleifer vorzusetzen magt. Es hieße den Kommunisten zuviel Ehre antun, wenn man sich mit dem Geschreibsel des Kämpfers näher beschäftigen wollte, deshalb soll es mit folgender Gegenüberstellung genügen sein:

Am 21. Mai schwindelte der Kämpfer, der Parteivorstand habe mit den 23 eine Abmachung getroffen.

Am 25. Mai schreibt der Kämpfer: „daß der Parteivorstand nicht für eine sofortige Wiederaufnahme der Rechten in die Partei einreten würde, war angesichts der Stimmung unter den sächsischen sozialdemokratischen Arbeitern zu erwarten.“

Also: Der sozialdemokratische Parteivorstand trifft mit den 23 eine Abmachung, dann ist er nicht für ihre sofortige Wiederaufnahme in die Partei, stellt sie in aller Öffentlichkeit als unehrlich hin und warnt die gesamte Partei vor ihnen. Ob es noch einen Kommunisten gibt, der dumm genug ist, das zu glauben?

Die „Wirtschaft“ gegen die Erwerbslosenunterstützung.

Das sächsische Wirtschafts- und Arbeitsministerium hat die sächsischen Handelskammern um Aufhebung darüber gebeten, wie sich die zeitweilige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung wirtschaftlich ausgewirkt habe.

Die Handelskammer Plauen hat auf Grund angeblich angefertigter „Erörterungen“ berichtet, daß im allgemeinen die Kurzarbeiterunterstützung günstig beurteilt werde, „weil sie denjenigen Industriebetrieben, die auf Spezialarbeitskräfte angewiesen seien und bei der augenblicklichen Wirtschaftslage zu Betriebsbeschränkungen gezwungen sind, die Beibehaltung eines Stammes wertvoller Arbeitskräfte ermöglicht.“ Man ist also notgedrungen für die Kurzarbeiterunterstützung, weil die Industrie Vorteile davon hat. Das zeigt sich auch aus der eigenartigen Stellungnahme der Handelskammern zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, die rundweg abgelehnt wird:

„Da die augenblicklichen Sätze vielfach einen Anreiz bieten, die Annahme von Kurzarbeit abzulehnen (?), entsteht ein Mißverhältnis, das nach dadurch gesteigert wird, daß seitens einzelner Ortsverwaltungen immer noch Notunterstützungen und Naturalien den Erwerbslosen zugewiesen werden, obwohl dies nicht mehr statthaft ist. Da die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung von der Allgemeinheit, insbesondere von der Wirtschaft (?) aufgebracht werden müssen, so stelle sie eine schwere Belastung der Wirtschaft dar.“

Es ist das alte Lied! Die „Wirtschaftsführer“, wie sich diese Herren selbst gern bezeichnen, können nicht über ihre kleinlichen persönlichen materiellen Vorteile, dann ist sie gut, bringt sie keinen Gewinn oder kostet sie gar etwas, dann ist sie schlecht. Dabei denken diese elenden Krämern nicht daran, daß die Not der Erwerbslosen zum Himmel schreit. Am liebsten würden diese kapitalistischen Haifische die Erwerbslosenunterstützung ganz beseitigen, damit die Arbeiter um so widerstandsloser der Unternehmerwillkür ausgeliefert sind. Das Gutachten der Handelskammer spricht davon, daß Sachsens daniederliegende Wirtschaft die Belastung für die Unternehmung in Höhe von monatlich 99 Millionen nicht tragen könne. Diese Behauptung ist eine dreifache Fressfäule, denn die „Wirtschaft“ ist noch nicht einmal zur Hälfte an diesem Betrag beteiligt. Aber ganz abgesehen davon, schaffen doch die Herren der Wirtschaft, die so heilig gegen die Unternehmung Sturm laufen, überhaupt keine Werte, sondern ausschließlich die Arbeiter, die alle Werte schaffen, während die kapitalistischen Ausbeuter diese Werte an sich reißen.

Reichsarbeitsgemeinschaft Kinderfreunde.

Vom 31. Mai bis 5. Juni findet ein Landeskursus für die Helfer auf der Jugendburg - Schönheide statt. Als Leiter

sind gewonnen worden die Genossen Felix Kanitz aus Wien und Kurt Wedel aus Dresden.

Der Kursus soll zunächst einführen in die Psychologie des Kindesalters und dann in der Form praktischer Übungen zeigen, wie sich die Theorie in der Praxis ausnimmt. Der Abschluß bildet ein Spielfest in Dresden. Der Genosse Kanitz wird die Spiele leiten. Der Arbeitsplan ist den Bezirksvorsitzenden zugesandt worden. Die Teilnehmer können ihn dort erhalten.

Der Landesausflug der Kinderfreunde.

Die sächsische Industrie gegen das Bodenprengeretz.

Der Große Ausschuß des Verbandes Sächsischer Industrieller, der aus Vertretern aller Industriezweige zusammengesetzt ist, nahm am 18. Mai folgende Entschiedenheit an:

„Der heute im Hotel Bristol zu Dresden versammelte Große Ausschuß des Verbandes Sächsischer Industrieller fordert mit allem Nachdruck die Aufhebung des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 20. November 1920. Dieses Gesetz hat keine Berechtigung mehr und steht im Widerspruch zu dem Bestreben der gesamten deutschen Wirtschaft, im freien Spiel der Kräfte zu arbeiten. Auch gegen die bekanntgewordenen Absichten, dieses Gesetz in verbesserter und verschärfter Form in Zukunft zu erlassen, erhebt der Ausschuß schärfsten Einspruch. Sachsen ist das einzige Land, in dem ein derartiges Gesetz noch besteht. Seine Aufrechterhaltung bedeutet deshalb eine schwere Benachteiligung des sächsischen industriellen und gewerblichen Grundbesitzes, da die Verwertung des Grundbesitzes erschwert, der Willkür der Verkaufsberechtigten aber Tür und Tor geöffnet wird.“

Das Gesetz wurde unter der Regierung Gradnauer geschaffen. Die Absicht des Gesetzes war, dem Wucher mit Grundstücken entgegenzuwirken. Das Gesetz ist leichter von den Industriellen scharf bekämpft und in seinen Absichten durch eine Entscheidung des Reichsgerichts auch erheblich eingeschränkt worden. Wenn jetzt die Kommandeure in der Deutschen Volkspartei die Beseitigung dieses Gesetzes verlangen, so darf man gespannt sein, wie sich die Koalitionsregierung dazu stellen wird.

Mitteilung der Friedensmieten an die Grundbesitzerbehörden.

Die Festsetzung der Friedensmieten ist für die Veranlagung zur Aufwertungsteuer von Bedeutung. Das Justizministerium hat daher Anweisung gegeben, daß die Mieteinigungsämter von der erfolgten Festsetzung oder vergleichsweise Regelung den Stadträten bzw. selbständigen Gutsbesitzern und Amtshauptmannschaften für die Grundbesitzerbehörden weiterzugeben haben.

Bischofswerda. Entdeckung einer Falschmünzerwerkstatt.

Im Walde zwischen Bischofswerda und Goldbach wurde eine Falschmünzerwerkstatt entdeckt. Ein fremder Bischofswerdaer und ein Weidener hatten falsche Drei- und Fünfschillingstücke hergestellt und bereits in Bischofswerda Stücke davon verausgabt. Die beiden Falschmünzer hatten sich nach Bausen gewandt, wo sie festgenommen wurden.

Böden. Verhaftete Mörder. Die beiden Stallhelfer Mordek und Wolf, die auf dem benachbarten Rittergut Rosenhain am Donnerstag den Rittergutsinspektor Möller auf brutale Weise erschlugen, konnten bereits am Sonnabend in Lauschwitz bei Guben in Schlesien durch den dortigen Landjäger bei dem Versuch, ihre Fahrräder zu verkaufen, festgenommen werden.

Leipzig. Tölpelicher Unfall beim Schützenfest. Als beim Schützenfest die Schützen in die Stadt einjogen, scheute das Pferd des Kommandanten, schlug aus und traf den unmittelbar hinter dem Pferd gehenden Sattelmacher Jöller am Kopf. Jöller erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er verschied. Mit Rücksicht auf diesen Unfall wurde der Einzug sofort abgebrochen und auch jede weitere Feierlichkeit abgeblasen.

11. Auflistung.

Durch Listen und freiwillige Beiträge für das Volksgehörten gingen im Sekretariat Groß-Weitz ein: Alt-Weitzau: 220 8.40, 222 34.05, Sektewitz: 1802 16.40, Dörlitz-Gaußhau: 1924 11.75, 1935 3.75, 1936 3.85, 1937 5.50, 1938 2.25, 1957 6.00, 1958 24.80, 1960 5.00, 1961 6.00, und 1963 7.00. Störmtal: 1021 11.00, Holzhausen: 1551 6.25, 1552 24.50, 1553 3.00, und 1554 12.00. V. Gohlis 3106 5.00, 3120 - 75, 3134 10.25, 3135 2.50, 3136 2.20, 3145 2.00, 3146 9.30, 3147 8.50, 3149 - 65, 3150 7.00, 3151 1.00, 3155 5.50, 3154 3.00, 3155 2.10, 3157 5.30, 3160 5.70, 3182 1.50 und 3216 - 70. Thelitz: 1102 9.00, V. Störmtal: 1315 10.70, 1318 7.00, 1322 11.40, 1332 3.90, 1333 32.25, 1336 1.80, 1357 21.00, 1340 9.00, 1345 - 20, 1347 16.85, 1348 16.45, 1349 29.65, 1350 27.95, 1351 29.80, 1356 1.00, 1357 11.25, 1358 6.00, 1362 7.70, 1365 6.00, 1366 10.30, 1367 8.30, 1368 15.80, 1369 1.60, 1370 3.00, 1372 - 50, 1373 38.80, 1378 3.00, 1378 12.20, 1382 8.75, 1384 6.10, 1389 17.55, 1391 7.10, 1393 6.97, 1397 16.10, 1399 2.70, 1400 2.00, 1401 10.50, 1405 3.25, 1406 1.70, 1407 20.65, 1409 8.15, 1410 Birma Raumer a. Braun 19.50, 1412 9.70, 1413 - 40, 1415 7.10, 1416 15.70, 1421 1.00, und 1423 18.05. V. Schönfeld: 882 7.20, Großhau: 2722 20.95, 2723 4.80, 2724 5.58, Volksliste 12.00, 2726 9.80, 2727 - 90, 2728 7.50, 2729 1.00, 2730 21.50, 2731 1.50, 2734 6.00, 2735 0.00, 2737 1.50, 2739 20.50, 2741 17.50, 2742 1.00, 2743 (Kleine) 24.10, 2746 3.50, 2747 1.00, 2749 14.50, 2750 6.00, 2752 11.00, und 2753 13.60. Alt-Weitzau: 362 3.50, 363 10.75, 364 15.50, 365 8.50, 366 10.90, 367 5.00, 368 7.10, 369 9.25, 370 4.05, 371 31.00, 372 11.50, 373 2.50, 374 1.75, 375 7.00, 376 24.50, 378 9.80, 379 9.00, 380 9.65, 381 15.30, 382 0.75, 383 13.55, und 384 4.70. V. Connewitz: 1841 (Birna Raumer, Richter u. Co.) 42.15, 1847 8.90, 1867 17.00, 1869 15.00, 1880 12.50. Weitzau: V. Waawitz-Lindenaus-Schlesia: 2277 noch 1.00, 2084 5.00, 2101 1.00, 2139 3.00, 2105 4.30, 2410 9.00, 2431 10.75 und 2440 14.05. Kleinshau: 2581 1.00. Großhau: 1991 24.30, 1994 7.00, und 1995 0.65. Wertmühl: 3701 1.00, 3702 5.80, 3705 6.00, 3706 7.65, 3707 4.50, 3708 2.50, 3709 43.50, 3710 15.50, 3712 18.30, 3713 26.75, 3714 19.00, 3715 20.30, 3716 4.00, 3718 14.25, 3719 6.25, 3720 8.00, 3721 3.10, 3722 12.85 und 3723 7.10. Ein Volkbeamter 3.00. Engelsdorf: 1020 8.00, 1021 11.55, 1030 30.70 und 8004 13.60. Weitzau: 1504 11.65, Zwenkau: 2043 7.25, 2044 4.35, 2046 1.00, 2047 1.50, 2049 2.00, 2050 1.50, 2052 3.00, 2055 5.80, 2056 - 80, 2057 6.00, 2058 8.00, 2059 3.30, 2060 13.20 und 2061 1.00. Connewitz: 1643 15.00, 1675 11.75 und 1687 9.80. Thonberg: 1111 3.30, 1120 20.00, 1123 3.00, 1128 15.50, 1131 3.00, 1134 11.00, 1135 18.50, 1139 6.70, 1157 1.50, 1158 37.50, 1162 3.55, 1163 5.25, 1164 4.60, 1167 1.00, 1168 19.50, 1169 4.00, und 1180 1.00. Marktgräb: 2901 18.80, 2902 14.00, 2903 20.00, 2904 6.20, 2905 1.00, 2906 5.80, 2907 13.60, 2909 15.00, 2910 22.50, 2912 8.75, 2913 21.80, 2914 12.90, 2915 28.00, 2916 24.20, 2917 16.80, 2918 15.00, 2919 17.25, 2920 6.50, 2921 13.00, 2922 11.25, 2923 14.00, 2924 22.70, 2926 17.30, 2928 9.50, 2929 13.20, 2930 14.75, 2931 14.50, 2932 10.75, 2933 14.50, 2934 13.35, 2935 17.95, 2936 1.70, 2937 44.65, 2938 13.50, 2940 10.70, 2941 3.25, 2942 5.30, 2943 4.50 und 2944 19.25. V. Dörlitz: 409 1.00, 478 31.70, 517 4.00, 512 1.00, 523 3.00, 527 1.00, 528 8.50, 542 3.00, 553 13.00, und 633 7.50. Thelitz: 1104 13.25, Weitzau: 3340 3.30, 3345 2.50, 3379 1.00, 3381 2.00, und 3413 2.00. Stina: 941 5.55, 942 1.90, und 951 3.70. Weitzau: 3001 4.60, 3007 3.00, 3023 1.50 und 3083 3.00. Weitzau: 2820 4.50. Alt-Weitzau: 245 2.50, 251 1.50, 252 44.00, 254 1.00, 258 6.25, 257 11.00, 268 8.05, 262 3.00, 263 3.50, 266 45.00, 268 4.50, 271 1.00, 272 4.40 und 273 1.00. V. Dörlitz: 488 2.45 und 529 6.00. W. Corus.

MAGGI'S Erbs- mit Speck-Suppe

- 1 Würfel für 2 Teller 13 Pfg. -

schmeckt köstlich. Von besser hausgemachter nicht zu unterscheiden. Ebenso Eiernudel-, Reis-, Königin-, Tomaten-, Brünken-, Blumenkohl-Suppe und viele andere Sorten.



Zigarren **GEG**
 Zigaretten **GEG**
 Rauchtubaß **GEG**
 Rauchtubaß **GEG**



werden in den eigenen Fabriken der organisierten Verbraucher unter den denkbar besten hygienischen Bedingungen von organisierten Arbeitern zu tariflich geregelten Löhnen hergestellt. Da diese Erzeugnisse bei mäßigen Preisen von vorzüglicher Beschaffenheit sind, wird jeder organisierte Verbraucher sie allen anderen Marken vorziehen.

Sie sind nur zu haben in den Läden der Konsumvereine

- Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend, e. O. m. b. H.
- Konsumverein Leipzig-Dölitz und Umgegend, e. O. m. b. H.
- Konsumverein zu Golitz, e. O. m. b. H., Golitz
- Konsumverein Olesien und Umgegend, e. O. m. b. H., Sennetitz
- Konsumverein zu Trostburg und Umgegend, e. O. m. b. H., Trostburg
- Konsum-u. Spargenossenschaft f. Brothsch, Pagau u. Umg., e. O. m. b. H., in Brothsch
- Konsumverein für Güntheritz und Umgegend, e. O. m. b. H., Güntheritz
- Konsumverein Groß-Großitz und Umgegend, e. O. m. b. H., Klein-Großitz
- Konsumverein „Vortwärts“ für Schleuditz, e. O. m. b. H., Schleuditz
- Konsum-u. Spargenossenschaft für Wurzen u. Umg., e. O. m. b. H., in Wurzen
- Konsumverein für Zwenkau und Umgegend, e. O. m. b. H., Zwenkau

Gewerkschaftl. Anzeigen
Gewerkschafts-Kartell Leipzig
 Volkshaus, Reiter Straße 32, Kerneuß 34021

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Geschäftsstelle Leipzig, — Reiter Straße 32.
 Am Sonnabend, dem 20. Mai, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus, Café Mitte, unsere Mitgliederversammlung statt. — Tagesordnung: 1. Weidenschaft über Beitragserhöhung, 2. Gewerkschaftliches. — Um vollständiges Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Stellengesuche

17jähr. Witwe i. Aufw. f. ganz. Tag, mögl. b. jung. Rent m. 1 Kind OH u. A. 2 Bittale b. Bl., Schönlefeld.

Verkäufe

Auf Teilzahlung
 Anzüge, Hosen, Mäntel, Kleider auch für Kinder
Karl Hertlein
 Eisenbahnstr. 33, II.

Sommeranzüge
 Sportanzüge, Joppen, Gummimäntel, Hosen, Windjacken, Paletots
Hauschild
 Windmühlenstr. 18, I.

Bettwäsche
 Stangenleinen, Damast, Linnen, Hemdentuche, Inlett, Bettücher, Handtücher, Kleiderut. erhalten Sie auf Teilz. auf Hinnehmung Mand. Kohlgartenstraße 29, I.

Große Fleisch- und Wurst-Zentrale
 Halnstr. 17/19 (Durchgang UT.) Inh. M. Ufer.
Besonders preiswert!!!
 Hammelfleisch-Ragout . . . Pfd. 75
 Kalbs-Pfefferfleisch . . . Pfd. 85
 ff. Kalbshaxen . . . Pfd. 85
 Pr.Gefrier-Ochsenfleisch z. Kochen 55 u. 60
 Schweinsköpfe m. Fetthacke 60, im nen Kopl Pfd. 55
 Rindsleber . . . Pfd. 70, bei 5 Pfd. 90
 Gut ein- Blut-, Leber- u. Knackwurst z. el. Tel. gelieferte Pfd. 90

Auf Kredit
 Schilfzimmer
Scherbel
 Anstichstr. 20

Unterricht
 Schöner Beruf!
 Damen-Frisieren
 verteilt gründlich
 Schönbrodt, Querstr. 33

Wohnungen
 Saeces Zimmer
 lücht linderlos jung
 vinflich zahl. Gher.
 Dfr. unt. V. 8 Hil. b.
 Bl., Seiler Str. 32.

Einheitsfront? Sozialismus oder Staatskapitalismus?
 Die Anklagen Sinowjews gegen die Sowjetpolitik über die Differenzen in der Kommunistischen Partei Rußlands
 Von Hugo Saupe Preis 40 Pfg.

Die vorliegende Schrift ist als Material-Sammlung bei den Auseinandersetzungen mit den Kommunisten unerlässlich, für den Arbeiter sowohl, als auch für den Arbeiter in den Betrieben. An der Hand der Neben der führenden Sowjetführer zeigt der Verfasser, wie die Verhältnisse in Rußland tatsächlich sind, ohne dabei das historische Verdienst der Bolschewiken irgendwie herabzumindern. Soll die Einheitsfront des Proletariats je verwirklicht werden, dann ist es erforderlich, über die Ergebnisse der bolschewistischen Politik völlige Klarheit zu schaffen. Das ist die Aufgabe, die sich der Verfasser stellt, der insofern glaubt, einen Beitrag zur Verständigung der deutschen Arbeiterklasse geliefert zu haben.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei AG.
 Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.
 Die Deutsche Reichspost hat für die in Ruhestand befindlichen Telegraphenarbeiter eine neue Dienstmitze eingeführt. Die neue Dienstmitze ähnelt der Sealermitze (Stielkappe) und ist aus wolleim, dunkelblauem Stoff mit weißer, dunkelblauer und weißer in gleicher Farbe hergestell. An dem vorderen Seitenteile sind über dem nachledernen Rückenstück und dem Sturmkriemen die Reichspostfarbe, der Reichsadler mit Kranzblüten und die Landesfarbe angebracht.

Die Telegraphenarbeiter sind außerdem mit ämtlich gestempelten und unterzeichneten Ausweisarten mit Lichtbild versehen, die sie beim Betreten eines Grundstücks oder einer Wohnung eines Geforderten vorzuzeigen haben.
 Leipzig S. 3, den 20. Mai 1926.
Oberpostdirektion.
Gadchwitz. Infolge Neubehaltung des Kommunikationsweges Gadchwitz-Zwenkau wird dieser ab Montag, den 31. 5. 1926, für allen Fahrverkehr gesperrt.
 Der Verkehr nach Zwenkau hat über Großhörn, der nach Zwenkau über Großdeuben zu erfolgen.
 Gadchwitz, den 26. Mai 1926.
Der Gemeinderat.

Ich verkaufe direkt an
Private
 Herren-, Knaben-Bekleidung
 Gummimäntel u. Windjacken
 für Herren und Damen
auch auf Teilzahlung!
B. Brecher, Herren-
 Kältdarfabrik
 Richard-Wagner-Str. 12, III (Fahrtstuhl)

Weißwand
 Heute bis Sonntag ab 5 Uhr
 Die Sensation, von der ganz
 Leipzig sprechen wird!
Mörder an Bord
 Stürze und Sprünge der Hauptdarstellerin, die selbst Albertini und Aldini Ehre machen würden — ein rasendes Tempo, das kaum zur Besinnung kommen läßt, sichern dem Film unbedingten Erfolg. . . . Unerhört ist die Szene, in der die Heldin zwischen Himmel und Wasser schwebt. . . . usw.
 Ferner:
Ein weiterer Großfilm
Kaukasische Blutrache
 Billige Eintrittspreise.
 Spieldauer des Schlagerprogramms 2 1/2 Stunden.

Billig. Weinbrand u. Wein
 Tarragona, rot, süß . . . 1.20
 Malaga, gold, vollsüß . . . 1.60
 Original Insel Samos . . . 1.60
 Spanischer Rotwein nur . . . 0.85
 Hochprozentige Obstweine
 Apfelsaft, sehr fein . . . 0.85
 Fruchtwein, Fruchtdukt . . . 0.90
 Johannisbeer-, Heidelb. . . 1.00
 Stachelbeer-, Kirschenwein . . . 1.35
 Erdbeerwein, hochfein . . . 1.35
 Deutscher Weinbrand . . . 2.40
 Verschnitt
 Deutscher Weinbrand, 3.60
 feine alte Qualität, nur
 Nordhäus Brantwein, 35% 2.30
alles per Liter einschl. Steuern
 Größte Auswahl in Likören und Spirituosen
HORN
 Johannisplatz 15, Ecke
 Johannisgasse, Zeitzer
 Straße, Ecke Sidonien-
 straße, Lind., Gundorfer
 Straße 29, Eisenbahn-
 str. 115 b, Neumarkt 3.

Heringe
 so gut wie
 das tägliche Brot
10 Stück
Echte Fett-
Schotten
 oder
Voll-Heringe
2-3 saure Gurken
1 Rolle Kapern
 1/2 Pfd. Heringsmilch
 Alle 4 Teile zusammen
 Prima Qualität
nur 1 Mark
Paul Baumann
 Windmühlenstr. 42.

Lebensmittel
 von guter Qualität, zu sehr billigen Preisen

Kolonialwaren
Zucker gemahlen Pfd. 29
Mischobst . . . Pfd. 70
 Korn u. Gerste sehr. Pfd. 22
 Malzkaffee . . . Pfd. 24
 Kaffee gebrannt 1/2 Pfd. 2.00 1.40
 Tee . . . 1.80 1.70 1.60 1.40
 Weizenmehl . . . Pfd. 25
 Kartoffelmehl . . . Pfd. 95
 Victoria-Erbsen . . . Pfd. 95
 Geir. Pflaumen . . . Pfd. 95
 Eiernudeln . . . Pfd. 42
 Eierspaghelli . . . Pfd. 55
 Eierhörndchen . . . Pfd. 60
 Eier-Röhrdchen . . . Pfd. 60
 Nakkaroni . . . Pfd. 48
 Spaghelli . . . Pfd. 48

Konserven
Schnill- u. Bredbohnen 48
Steinpilze 1/2 kg-Dose 1.35
 Weiß-, Rot-, Wirsingkohl 32
 Karotten gewürfelt . . . 38
 Tomatenpüree . . . 65
 Schnillbohnen fadenförmig . . . 65
 Wadisbohnen . . . 65
 Slangenbroadbohnen . . . 95
 Prinzbohnen fein . . . 95
 Slangenspargel dünn . . . 1.50
 Slangenspargel gewöhnl. . . 1.95
 Slangenspargel stark . . . 2.50
 Slangenspargel sehr stark 2.80
 Slangenspargel extra stark 3.00
 Bredspargel . . . 1.60
 Spargelköpfe grün . . . 1.95
 Pfifferlinge . . . 95
 Apfelsmus . . . 65
 Pflaumen ohne Stein . . . 85
 Pflaumenmus . . . 85
 Mirabellen . . . 1.25
 Pfirsiche ganze Frucht . . . 1.30
 Erdbeeren . . . 1.75

Konfitüren u. Marmeladen
 Stachelbeer-Konfitüre 1 Pfd. Glas 95
 von Heivella . . . 95
 Reineclauden-Konfitüre 95
 von Heivella . . . 95
 Pflaumen-Konfitüre von 95
 Laucha . . . 95
 Apfelsgälée-Konfitüre 95
 von Flach . . . 95
 Zwetschen-Konfitüre 1 Pfd. Glas 95
 von Flach . . . 95
 Orangen-Konfitüre von 95
 Querner . . . 95
 Johannisbeer-Konfitüre 95
 von Querner . . . 95
 Johannisbeer-Marmelade von Querner . . . 95
 Bonbon-Melange 1 Pfd. 60
 Eisbonbon . . . 1 Pfd. 95
 Pfefferminzbruch Pfd. 75
 Pralinen . . . Pfd. 95

Wurst- und Fleischwaren
 Blutwurst . . . 1 Pfd. 80
 Berlin, Leberwurst 1 Pfd. 80
 Knackwurst . . . 1 Pfd. 1.48
 Mellwurst . . . 1 Pfd. 1.48
 Cervelatwurst . . . 1 Pfd. 2.10
 Salamiwurst . . . 1 Pfd. 2.10
 Dörrler-Würstchen 3/4, 75
 Heine-Würstchen 3- und 4- 85
 Heine-Würstchen 4- und 6- 1.45
 Rindfleisch 1/2 kg-Dose 45
 Cornedbeef . . . 1 Pfd. 95
 Bsdw. Leberwurst 1/2 kg-Dose 95
 Kalbskopf en tortue 500-g-Dose 85
 Krafffleisch . . . 500-g-Dose 75
 Margarine . . . Pfd. 54
 Amer. Schmalz Pfd. 90

Für die Salatbereitung:
 Oliven-Oel in Original- 2.45 1.25
 Kanne . . . 1 Pfd. 1.60
 Oliven-Oel fein . . . 1 Pfd. 70
 Erdnuß-Oel fein . . . 1 Pfd. 70
 Surof-Essig inkl. Flasche 45
 Träger-Essig inkl. Flasche 50
 Komel-Essig inkl. Flasche 60
 Kühne-Weinessig inkl. Fl. 75
 Weker-Weinessig . . . 85

Butter / Milch / Käse
 Fst. Molkereibutter 1/2 Pfd. 90
 Allerf. Molkereibull. 1/2 Pfd. 1.00
 Cocosspeisefell . . . Pfd. 68
 Amer. Milch (Ideal u. Borden) 1 Pfd. 60
 Trockenmilch (Edelweiß) 500-gr-Dose 2.40 250-gr-Dose 1.35
 Romadour-Käse . . . Stück 40
 Limburger Käse 1 Pfund 70
 Edamer halbfett. 1 Pfund 95
 Schweizerkäse . . . 1 Pfund 1.35
 Geheimralskäse . . . Stück 1.60
 Maljesheringe St. 25 u. 20
 Neue Kartoffeln . . . Pfd. 65
 Salzgurken 2-Ltr.-Dose 1.40
 Essiggurken 2-Ltr.-Dose 1.95

Sekt nur noch bis 1. Juli steuerfrei
 Decken Sie rechtzeitig Ihren Bedarf.
 Als besonders preiswert empfehlen wir:
Saar-Edel-Kristall inkl. städt. Steuer Flasche 3.40
 bei 10 Flaschen Flasche 3.30
 Weinbrand-Verschnitt inkl. städt. Getränke-Abgabe . . . 2.75
 Weinbrand Spezial inkl. städt. Getränke-Abgabe . . . 3.75
 Himbeersirup . . . 1 Pfd. 55
 Citronenmost . . . 1 Pfd. 80
 Johannisbeersirup 1 Pfd. 80
 Erdbeersirup . . . 1 Pfd. 1.00
 Kakao Bendsorp Marke India . . . Pfd. 85

ALTHOFF

Aus der Umgebung

Schießübungen im Wermsdorfer Forst.

Ein mehr als eigenartiges Bild entrollte sich vor den Augen des Wanders, der am zweiten Pfingstfesttage den Wermsdorfer Forst durchstreifte...

Überall entstehen Schießstände, allerorten treten die Rechtsputschisten kreuz militärisch formiert, in obigem Maße sogar bewaffnet auf, ohne daß sich ein Behördenvorstand findet...

Wir verlangen nachdrücklich, daß die Behörden ihr ganzes Augenmerk darauf richten, daß sich solche von bewaffneten Putschistenorganisationen veranstaltete Schießübungen nicht wiederholen.

Kaufvertragsverfahren.

Im Straßenbahnhof Schkeuditz beschäftigte Angestellte und Beamte bezogen gemeinsam von der Firma Oswald Schneider in Leipzig Briefsets zum Preise von 1 Mk. für den Jentner frei Haus...

Schkeuditz, den 19. Mai 1926.

An die Herren Beamten der Straßenbahn Schkeuditz-Leipzig.

Wie uns zu Ohren gekommen ist, bieten Sie unter sich und auch Privatpersonen Briefsets an und zwar zu niedrigeren Preisen als die übrigen, welche vom Kohlenhändler geliefert sind...

Ferner gehört zum Kohlenhandel, den Sie resp. einige von Ihnen treiben, ein Gewerbesteuer- und Zählung von Steuern und Abgaben; weshalb wir Sie darauf aufmerksam machen, daß wir es nicht unterlassen werden, nach Eintreffen des ersten Wagens Briefsets, den Adressat bei dem hiesigen Gewerbeamt und beim Finanzamt wegen Umsatzsteuer usw. zu melden.

Schkeuditz, den 19. Mai 1926.

Die Kohlenhändler-Vereinigung Schkeuditz und Umgegend. Das mehr als fonderbare Verhalten der Kohlenhändlervereinigung Schkeuditz sollte den zuständigen Behörden Veranlassung sein...

Eine Gemeindevorstandssitzung der Orte Engelsdorf, Sommerfeld, Auersbach, Müllau, Babelsdorf, Hirsfeld, Mühen findet am Sonntag, dem 6. Juni, früh 9 Uhr, in Engelsdorf Hauptstr. 3, statt.

Marxensblättern. Zutunfall mit tödlichem Ausgang. In der Bahnhofstraße wurde am Donnerstagsvormittag der fünfjährige Sohn des Sportfachbeamten Wieland von einem aus der Richtung Leipzig kommenden Auto überfahren...

Gefährlich. Gemeindevorstandssitzung. Eingang der Sitzung gibt der Vorsteher das Mißgehen des früheren Gemeindevorstandes bekannt. Die Gemeindevorordneten erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Dem vom Finanzauswahlschuh vorgelegten Haushaltsplan 1926/27 stimmt man unter kleinen Änderungen zu...

Großsch. Stadtverordnetenversammlung. Das Kollegium nimmt Kenntnis von dem diesjährigen Ertrag der städtischen Graspermpachtung, der insgesamt 2242 Mk. 90 Pf. gegen 278 Mk. 75 Pf. im Vorjahre beträgt. Die vielversprechende Preisentwicklung ließ es rasch erscheinen, den Badetrieb im städtischen Bad bereits am 1. Mai zu eröffnen...

höhlte Beitrag auf Antrag zurückgezogen werden. Man nimmt von diesem Ratsschluss Kenntnis. Vorher sich der Kommunist König noch einen sehr unedlen Theaterdonner los, um einmal zu beweisen, daß er auch nüchtern zusammenhängendes Zeug schweigen kann...

Von Nah und Fern

Die Unternehmung des Eisenbahnunglücks in München.

Die mit der Unternehmung des Unglücks im Münchner Ostbahnhof betrauten Beamten haben die ersten Vernehmungen vorgenommen. Der Lokomotivführer des einfahrenden Zuges gab an, daß der Zug 814 von Rosenheimer Eisenbahnpersonal gefahren wurde...

Das Eisenbahnunglück im Ostbahnhof hat ein weiteres Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus Reichs der Jar erlag ihren Verletzungen die Verlagsangestellte Emilie Stetchele, deren Mutter sich ebenfalls unter den Toten befindet.

Die Unternehmung des Unglücks im Münchner Ostbahnhof hat ein weiteres Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus Reichs der Jar erlag ihren Verletzungen die Verlagsangestellte Emilie Stetchele, deren Mutter sich ebenfalls unter den Toten befindet.

Erdbeben im nördlichen Japan.

Nach jüngsten Meldungen aus Tokio haben in Japan neben dem Vulkan Ausbruch auch an anderen Stellen Erdbeben Verheerungen angerichtet. In der Provinz Aita ist das riesige Yamagata-Seeinsengebiet zusammengestürzt...

Nach einer Meldung des New York Herald aus Tokio sollen bei dem Vulkanausbruch des Tokaji im ganzen 1000 Personen ums Leben gekommen sein.

Das Hochwasser der Wolga hat einen äußerst bedrohlichen Umfang angenommen. Der Wasserstand bei Saratow ist 14 Meter über dem Normalstand. In Enzram sind 9000 Menschen und in Bakumov, der Hauptstadt der Republik der Wolgabowen, 12000 Menschen obdachlos...

In der Neustadt von Schönau-Wiesenthal brach Mittwochnachmittag ein Großfeuer aus. Die Feuerwehren von St. Marien, Schöppelheim, Zell, Töbinau und die Motorspritze von Lörzsch waren zu Hilfeleistung ertüchtigt...

Am Pfingstmontag unternahm eine Gesellschaft von 4 Männern und einem Knaben von Dohnen bei Arxleben eine Wanderung durch das Wattenmeer zu der etwa 6 km entfernten Nordsee. Infolge heftiger Böen legte die Flut überaus hohes ein, so daß die Sonstergänger in die größte Not gerieten.

Mittwochnachmittag entstand auf der Städtischen Rheinbootsfähre in Hamburg Feuer. Aus der Brennkesselraumung zum Motor schlagen plötzlich Flammen, die die Kleider des Bootführers sowie

Teile des Motorbootes in Brand setzten. Unter den etwa 45 Insassen des Bootes entfiel eine unbefehrigliche Panik. Es wäre ein großes Unglück entstanden, wenn nicht in unmittelbarer Nähe des brennenden Bootes ein Dampfer der Firma Tholens gelegen hätte, der sofort zur Rettung herbeieilte...

Die Berliner Morgenblätter melden aus Amsterdum: In Oude-kerke bei Beerenboven (Holland) geriet in der Nacht das Haus eines Arbeiters aus unaußerordentlichen Ursachen in Brand. Während die Eltern und vier Kinder sich mit Mühe retten konnten, kamen vier weitere Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren in den Flammen um. Ihre Leichen wurden in völlig verkohltem Zustand aus den Trümmern geborgen.

Die letzten Nachweise über die Bevölkerungsentwicklung der Vereinigten Staaten nennen vier Millionenstädte. An erster Stelle New York mit 5 924 000, Chicago mit 3 048 000, Philadelphia mit 2 008 000 und Detroit, die Ford-Stadt, mit 1 200 000 Einwohnern. Das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten beträgt 850 Milliarden Dollar. Das Gesamteinkommen der Vereinigten Staaten wächst durchschnittlich jährlich um eine Milliarde Dollar.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

In Basel waren zwei Knaben in Abwesenheit ihrer Eltern in die Dachkammer eingedrungen, hatten viele von innen verriegelt und waren dann in einen Holstoffer gestiegen. Da dieser einen Haken hatte, der einschnappte, konnten die Knaben sich nicht befreien und sind so erstickt. — Montanabend sah man auf dem Boden bei Immensdorf ein von drei jungen Männern besetztes Boot um. Einer konnte sich durch Schwimmen retten, die anderen beiden ertranken. — Während der Pfingstfeiertage kürzte bei einer Vernehmung der Benediktiner in den Bantruden Alpen der Münchner Tourist Reichel tödlich ab. In der Kastadenflamme bei Semrath kürzte nach einer Blättermeldung aus Graz ein Salzburger Tourist ab. Sie wurde so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport zum Krankenhaus starb. — Bei Schließungen im Lager von Balbonne (Frankreich) kürzte ein Militärkutscher aus einer Höhe von 150 Meter ab und verbrannte. Der Flugzeugführer und der Beobachter wurden ein Opfer der Flammen. — Wie dem New York Herald aus Washington gemeldet wird, haben mexikanische Banditen zwei Amerikaner, einen Bergrbeiter und seinen Mitarbeiter, gefangen und in eine abgelegene Gegend Mexikos verschleppt. Die Banditen fordern 6000 Dollar Lösegeld. Präsident Calles hat eine Abteilungen Truppen zur Verfolgung der Uebelthäter und zur Befreiung der beiden Amerikaner entsandt.

Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 27. Mai. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; 10.15 Uhr: Post- und Baumwollspinnerei; 11 Uhr: Besichtigungen des Vorkabends. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktenbörse amtlich. 4.15 Uhr: Geldmäßige Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrs-rundfunk. 6 Uhr: Wirtschafts-nachrichten: Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktbörsen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrott. 6.30 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.05 Uhr: Verkehrs-rundfunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagmusik auf der Hupsel-Bisonola. 12.55 Uhr: Raucere Zeitschrift. 1.15 Uhr: Presse- und Vorkabendsbericht. 3-4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle), Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: Prof. Dr. Amel und Ober-Schullehrer Westheimann: Einheitsurkunde. 3.35 Uhr: Amtsgerichtspräsident Franke: „Geschichtliche Entwicklung des Jugendstrafrechts bis zum Jugendgerichtsgesetz.“ 4.30-5.15 und 5.30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Webor. 6.30 bis 6.45 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 6.45-7 Uhr: Steuer-rundfunk. 7-7.30 Uhr: Steuer-rundfunk. 7-7.30 Uhr: Vortrag: Lic. Rietzel-Veipig: „Paul Gerhardt, zu seinem 250. Todestage.“ 7.30-8 Uhr: 2. Vortrag (von Dresden aus) aus dem Infuss: „Künftige Persönlichkeiten aus verschiedenen Jahrhunderten der bildenden Kunst.“ Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Robert Brud von der Technischen Hochschule Dresden: „Peter von Cornelius und die Straßenscenen.“ 8.15 Uhr: Dresden: Vieder-Abend. Mitwirkende: Kammerjäger Dr. Waldeemar Staegemann, Stenoskoper Dresden (Gesang), Staatskapellmeister Hermann Knüpferbach (Klavier). Fügell: Rönisch. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Preßbericht und Sport-rundfunk. Singers Werdelsportberichte werden nach den Nummern der Union, dem Sport und Sport de Paris bekanntgegeben. Ab 10.30 Uhr: Funkstunde.

Verammlungskalender

Donnerstag, den 27. Mai 1926: Bund sog. Funktionäre (Freidenker), Volkshaus '8 Uhr. Gemeindefrat. Freidenker (öffentliche Verammlung). Volkshaus '8 Uhr. Freitag, den 28. Mai 1926: Bauhilfswerk und Anstifter, Volkshaus '8 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inferaten ersichtlich.

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht: Heute: Paprikaklops mit Kartoffeln 70 Pf. Morgen: Geb. Kalbsbrust mit Spinat 1 50. Schweineknochen 1 20

SALUSKUR

Jederzeit vorrätig Leipzig, Adler-Apotheke, Hainstr. 9

Advertisement for Tapeten, Wachstuche, Linoleum, Teppiche Läufer, and Rissenauswahl. Includes Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99.

Advertisement for Röst-Kaffee featuring a logo with 'KONSUM-VEREIN' and 'LEIPZIG-PLAGWITZ'.

Advertisement for Druck-sachen, including Leipzig Buchdruckerei and Litzengelellschaft.